



USA/Vereinigte Staaten

Daten & Analysen zum Hochschul- und
Wissenschaftsstandort | 2018

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis von Kennzahlen und Diagrammen	3
1. Rahmenbedingungen des Bildungssystems	4
a. Politik	4
b. Wirtschaft	6
c. Bevölkerung	9
2. Hochschul- und Bildungswesen	13
a. Historische Entwicklung	13
b. Rolle des Staates / Autonomie	13
c. Finanzierung der Hochschulen	14
d. Relevante Institutionen	18
e. Merkmale und Unterschiede von Hochschultypen	21
f. Aufbau und Struktur des Studiensystems	23
g. Hochschulzugang	30
h. Der Lehrkörper	31
i. Akademische Schwerpunkte	32
j. Forschung	33
k. Qualitätssicherung und -steigerung	36
l. Nachfrage nach anwendungsorientierter Lehre und Forschung	37
3. Internationalisierung und Bildungskooperation	38
a. Internationalisierung des Hochschulsystems	38
b. Bildungskooperationen und Partnerorganisationen	42
c. Deutschlandinteresse	44
d. Deutsche Sprachkenntnisse	46
e. Hochschulzugang in Deutschland	47
4. Empfehlungen für deutsche Hochschulen	49
a. Hochschulkooperationen – FAQ	49
b. Marketing-Tipps	49
5. Länderinformationen und praktische Hinweise	52
a. Aufenthaltsgenehmigung und Arbeitserlaubnis	52
b. Lebenshaltungskosten und Unterkunft	53
c. Sicherheitslage	55
d. Interkulturelle Hinweise	55
e. Adressen relevanter Organisationen	55
f. Publikationen und Linktipps	57
Impressum	59

Verzeichnis von Kennzahlen und Diagrammen

Kennzahlen

Erläuterung einzelner Kennzahlen	59
Kennzahl 1: BIP	6
Kennzahl 2: BIP pro Kopf in KKP	7
Kennzahl 3: Wirtschaftswachstum	7
Kennzahl 4: Inflation	7
Kennzahl 5: Export / Import	8
Kennzahl 6: Rang des Landes beim Außenhandel mit Deutschland	8
Kennzahl 7: Gini-Koeffizient	8
Kennzahl 8: Bevölkerungszahl absolut	10
Kennzahl 9: Anteil der Arbeitslosen unter den 15- bis 24-Jährigen	10
Kennzahl 10: Bildungsausgaben	15
Kennzahl 11: Anzahl der eingeschriebenen Studierenden	23
Kennzahl 12: Anzahl der Doktoranden	24
Kennzahl 13: Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	24
Kennzahl 14: Studierendenquote (gross enrolment ratio, tertiary)	25
Kennzahl 15: Absolventen BA und MA	25
Kennzahl 16: Absolventen PhD	26
Kennzahl 17: Anteil der Forschungsausgaben am BIP	33
Kennzahl 18: Anzahl der Patente in Naturwissenschaft und Technik (Residents)	33
Kennzahl 19: Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	34
Kennzahl 20: Knowledge Economy Index (KEI)	34
Kennzahl 21: Anteil ausländischer Studierender	38
Kennzahl 22: Die wichtigsten fünf Herkunftsländer ausländischer Studierender	38
Kennzahl 23: Im Ausland Studierende (Anzahl)	39
Kennzahl 24: Im Ausland Studierende (Prozent)	40
Kennzahl 25: Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende	40
Kennzahl 26: Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	44
Kennzahl 27: Anzahl der Hochschulkooperationen mit Deutschland	44
Kennzahl 28: Anzahl der DAAD-Förderungen	45

Diagramme

Diagramm 1: Entwicklung des BIP	6
Diagramm 2: Entwicklung des BIP pro Kopf in KKP	7
Diagramm 3: Bevölkerungsentwicklung	9
Diagramm 4: Anteil der Arbeitslosen unter den 15- bis 24-Jährigen (Entwicklung)	10
Diagramm 5: Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) in Prozent des	14
Diagramm 6: Anteil der jährlichen Bildungsausgaben in Prozent der	14
Diagramm 7: Anteil der jährlichen Ausgaben für tertiäre Bildung in Prozent der	15
Diagramm 8: Anzahl der eingeschriebenen Studierenden	23
Diagramm 9: Anzahl der Doktoranden	23
Diagramm 10: Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	24
Diagramm 11: Studierendenquote (gross enrolment ratio, tertiary)	25
Diagramm 12: Absolventen PhD	26
Diagramm 13: Anteil der Forschungsausgaben am BIP	33
Diagramm 14: Anteil ausländischer Studierender	38
Diagramm 15: Im Ausland Studierende (Anzahl)	39
Diagramm 16: Im Ausland Studierende (Prozent)	39
Diagramm 17: Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	44

1. Rahmenbedingungen des Bildungssystems

a. Politik

Gleich einem Wirbelsturm rüttelt seit seinem Amtsantritt im Januar 2017 der 45. Präsident der Vereinigten Staaten, Donald J. Trump, nicht nur an den Grundfesten der amerikanischen Gesellschaftsordnung, sondern auch des Weltgefüges. Gleich in seiner ersten Rede zur Nation machte der Präsident klar, was ab jetzt das politische Mantra sein werde: „America first!“ Als „Destabilizer“ angetreten, der den politischen „Sumpf“ gerade in der Hauptstadt Washington D.C. trocken legen wollte, hält Trump sich weder an langjährige politische Verfahrensweisen noch an diplomatische Umgangsformen oder an die üblichen Wege, mit der Öffentlichkeit in Kontakt zu treten.

Angesichts der nach wie vor zum Teil dünn besetzten Ministerien und des atemberaubenden Personalkarussells im Weißen Haus ist es nicht verwunderlich, dass große politische Erfolge bislang überschaubar sind. Eine krachende Niederlage erlitten die regierenden Republikaner – trotz Mehrheit in Senat und Repräsentantenhaus – beim Versuch, eines der zentralen Wahlversprechen Trumps umzusetzen, nämlich eine Neufassung des Gesetzes zur allgemeinen Krankenversicherung. Da war es umso wichtiger für die neue Führung, dass kurz vor der Jahreswende zu 2018 der „Tax Cuts and Jobs Act“ das Licht der Welt erblickt, eine einschneidende Steuerreform und ein weiteres zentrales Wahlversprechen des Präsidenten. Dazu an anderer Stelle mehr (siehe Kapitel Wirtschaft).

Hinter den Kulissen ist die neue Administration übrigens sehr viel effektiver, als es die Protagonisten im Rampenlicht vermuten lassen: So ernannte Präsident Trump bis Anfang Juni 2018 bereits 42 Richter auf Bundesebene, darunter 21 Richter an den US-amerikanischen Appellationsgerichten sowie einen Richter am Supreme Court (vergleichbar mit dem Bundesverfassungsgericht). Gerade letzteres ist eine Schlüsselentscheidung für das zukünftige rechtliche Gefüge des Landes, da die Verfassungsrichter häufig bis zum Lebensende im Amt bleiben. Mit dem neu berufenen Neil Gorsuch kam ein weiterer dem konservativen Lager zuzurechnender Richter ins Amt, der zudem mit Abstand der jüngste der neun Verfassungsrichter ist.

Und auch die Bemühungen um Deregulierung – eines der Lieblingsthemen konservativer US-Meinungsführer – schreiten voran. Wenn man alleine verfolgt, wie viele Verordnungen Präsident Obamas zum Umwelt- und Klimaschutz die staatliche Energie- und Umweltbehörde EPA unter ihrem Chef Scott Pruitt still und leise rückgängig gemacht hat (die New York Times zählte bis Sommer 2018 ganze 67 Verordnungen, die entweder schon rückgängig gemacht wurden oder auf der Streichliste stehen), wird klar: Dieses Vorgehen hat Methode. Dazu passt auch der Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen, der gerade angesichts der verheerenden Naturkatastrophen im Jahr 2017 erstaunlich ist.

Weitere Themen, die die Amerikaner beschäftigen, sind natürlich die „MeToo“-Bewegung, die mittlerweile die Dimensionen eines mittleren Tsunami entfaltet und von Hollywood aus alle Bereiche des gesellschaftlichen Miteinanders erfasst. Und auch der Dauerstreit um den zweiten Verfassungszusatz – der den Waffenbesitz garantiert – hat in den letzten Monaten gerade durch den schrecklichen Amoklauf an einer Schule in Florida mit 17 Toten neue Nahrung und vor allem eine neue Gruppe von Aktivisten erhalten: Auf einmal erheben Schüler und Studierende ihre Stimmen, weil sie gerade auf dem Schul- und Universitätsgelände – also dort, wo man sich normalerweise gut aufgehoben und geschützt fühlen sollte – fast schon täglich um ihr Leben bangen und das Verhalten für den Ernstfall „Active Shooter Response“ trainieren. Und noch ein großes Problem, das auch von der Regierung Trump als solches adressiert wurde, bewegt die Amerikaner im täglichen Leben: die unglaublich hohe Zahl der Menschen, die – aufgrund falsch eingeschätzter Risiken der Medikamente – von Opiaten abhängig sind und dadurch teilweise ganz schnell ins soziale Abseits abrutschen. Und dann sind da natürlich noch Dauerbrenner wie „Die Mauer“ (zu Mexiko), die drohenden Handelskriege mit praktisch allen früheren Partnern und Konkurrenten, das harte Durchgreifen gegen Immigranten und vieles mehr.

All diese Punkte machen deutlich, dass die Spaltung der amerikanischen Gesellschaft, deren Stärke jahrzehntelang die Integration aller Bürger, ob aus altem Neuengland-Adel stammend oder gerade hoffnungsvoll auf Ellis Island gelandet, weit vorangeschritten ist. Angesichts dieser herausfordernden Lage ist es wichtig, sich immer wieder zu vergegenwärtigen, was auf dem Sockel der Freiheitsstatue eingraviert steht: „Give me your tired, your poor, your huddled masses yearning to breathe free“ (aus Emma Lazarus' Sonnet: New Colossus).

Aus Hochschul- und Forschungswelt

Dass der ideologische Kampf gegen die Wissenschaft und ihre auf Fakten beruhenden Erkenntnisse so weitergeht, wie sich das gleich zu Anfang der Präsidentschaft Trumps abzeichnete, zeigt auch die Tatsache, dass weder der Posten des Wissenschaftsberaters im Weißen Haus noch der seines Kollegen im Foreign Office besetzt ist. Zwar ist inzwischen das Office of Science and Technology im Weißen Haus wieder funktionsfähig – aber zu Rate gezogen werden die dort arbeitenden Wissenschaftler praktisch nie. Wissenschaftlicher Sachverstand, so muss man leider konstatieren, wird von dieser Regierung nicht mehr abgefragt, im Gegenteil, wenn die wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht zur politischen Agenda passen, werden sie lauthals als „fake“ abgetan und bekämpft.

An dieser Stelle noch einmal zum Thema „Deregulierung“: Im April 2018 setzte die EPA unter Scott Pruitt einen großen Hebel an. Unter dem Deckmantel vermeintlicher „Transparency“ legte Pruitt einen Gesetzentwurf vor, den „Secret Science Reform Act“, nach dem die EPA nur noch solche Studien als Grundlage für ihre Arbeit und ihre Entscheidungen verwenden dürfe, deren gesamte Daten öffentlich zugänglich gemacht würden. Was sich zunächst ganz vernünftig anhört, würde in der Realität bedeuten, dass Studien, die zum Beispiel mit in Langzeitstudien erhobenen Patientendaten zu Volkskrankheiten arbeiten und auf der Basis von Peer-Review-Verfahren als zuverlässig bewertet wurden, nicht mehr verwendet werden dürfen, wenn nicht alle persönlichen Daten der befragten oder untersuchten Patienten öffentlich gemacht werden – was natürlich nicht im Sinne der einzelnen Personen sein kann. De facto würde eine solche Vorgehensweise die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhenden Verfahrensvorschläge zum Beispiel zur Bekämpfung von Volkskrankheiten komplett aushebeln. Würde dieser „Act“ zum Gesetz, wären die Ergebnisse in jeden Fall verheerend und würden, so schrieben 1.000 Wissenschaftler in einem offenen Brief an Pruitt, „erhebliche Risiken für die Gesundheit jedes Amerikaners“ bedeuten.

Während die Forschungsetats erstaunlicherweise durch einen erneuten überparteilichen Beschluss des Kongresses einen deutlichen Aufwuchs erhielten (siehe dazu auch Kapitel Forschung), drohen der Wissenschaft durch andere Maßnahmen die Ressourcen zu versiegen, zum Beispiel die Ressource „Mensch“ (siehe dazu Kapitel Internationalisierung des Hochschulsystems).

Deregulierung ist übrigens auch das Mantra der Bildungsministerin Betsy DeVos, die sich nach wie vor hauptsächlich mit dem Schulbereich beschäftigt. Ihre Agenda wird davon dominiert, „School Choice“ zu fördern, was letztlich in einer Förderung von Privatschulen kulminiert. Dabei muss man bedenken, dass gerade mal ein Zehntel aller Kinder in Privatschulen, 90 Prozent aber in öffentlichen Schulen unterrichtet werden.

Verschiedene Themen hat DeVos auf ihrer überschaubaren Agenda, so zum Beispiel die Verwässerung der strengen Regeln, nach denen Vorwürfe sexueller Belästigung auf dem Campus untersucht und verfolgt werden müssen. Auch die „Gainful Employment Rule“, mit der gerade For-Profit-Colleges gezwungen werden sollen, den Nutzen der von ihnen gewährten Ausbildung für die Absolventen zu belegen, möchte sie am liebsten wieder abschaffen. Wenn man die bisherigen Aktivitäten im Hochschulbereich anschaut, muten diese vielfach wie ein Schritt zurück ins vorige Jahrhundert an und machen vor allem auch deutlich, dass das Bildungsministerium überhaupt keine Vision für das Hochschulwesen hat. Dabei gäbe es viel zu tun und anzupacken: das Dauerproblem der immensen Studienschulden und seine Kehrseite, die Löcher in den Haushalten der Hochschulen (siehe hierzu auch Kapitel Finanzierung der Hochschulen); oder aber auch die Frage einer sinnvollen Berufsausbildung außerhalb der Colleges und Universitäten; und nicht zuletzt die demographischen Veränderungen des inneramerikanischen Studentenpools, auf die sich die Hochschulen vorbereiten müssen. Geburtenschwache Jahrgänge bedeuten sinkende Erstsemesterzahlen. Hinzu kommt die Tatsache, dass immer mehr Studierende aus bildungsfernen

Schichten und mit diversen Bildungsbiographien an die Hochschulen streben, die wiederum sehr viel mehr Betreuung und Anleitung, aber auch mehr Stipendien benötigen. Arbeit für DeVos und ihr Ministerium gäbe es also wahrlich genug.

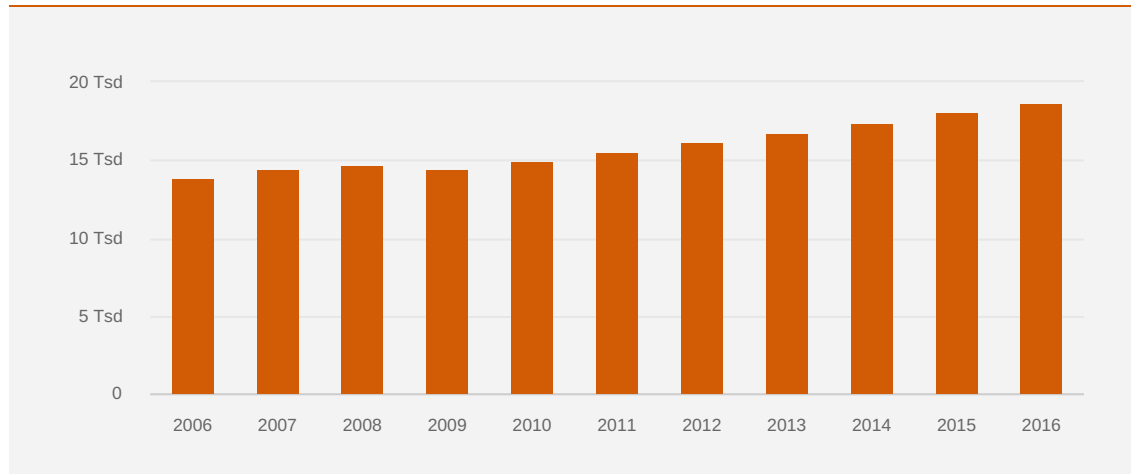
Quellen:

- [Institute of International Education \(IIE\): Open Doors 2017](#)
- [National Geographic: A Running List of How President Trump Is Changing Environmental Policy \(2.8.2018\)](#)
- [Vox: Trump White House quietly issues report vindicating Obama regulations \(6.3.2018\)](#)
- [ALICE Training Higher Education Programm: Active shooter response training for professors and students](#)

b. Wirtschaft

Diagramm 1: **Entwicklung des BIP**

US-Dollar, in Milliarden



Quelle: [The World Bank. Data](#)

Kennzahl 1: **BIP**

US-Dollar, in Milliarden

USA/Vereinigte Staaten (2016)

18.624

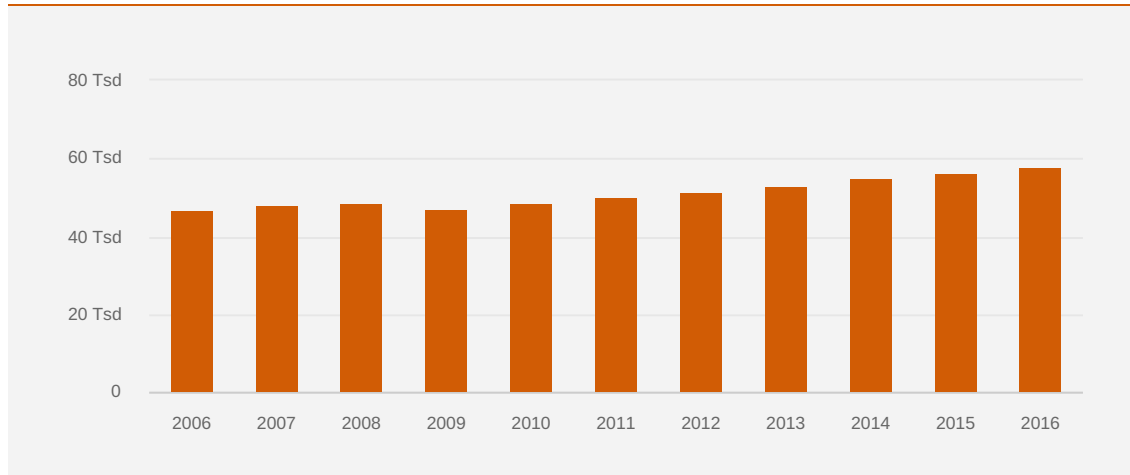
Im Vergleich: Deutschland (2016)

3.477

Quelle: [The World Bank. Data](#)

Diagramm 2: Entwicklung des BIP pro Kopf in KKP

US-Dollar



Quelle: [The World Bank. Data](#)

Kennzahl 2: BIP pro Kopf in KKP

US-Dollar

USA/Vereinigte Staaten (2016)	57.638
Im Vergleich: Deutschland (2016)	48.884

Quelle: [The World Bank. Data](#)

Kennzahl 3: Wirtschaftswachstum

in Prozent

USA/Vereinigte Staaten (2016)	1,49
Im Vergleich: Deutschland (2016)	1,94

Quelle: [The World Bank. Data](#)

Kennzahl 4: Inflation

in Prozent

USA/Vereinigte Staaten (2016)	1,26
Im Vergleich: Deutschland (2016)	0,48

Quelle: [The World Bank. Data](#)

Kennzahl 5: **Export / Import**

US-Dollar, in Milliarden

Export nach Deutschland (2016)	1.450
Import aus Deutschland (2016)	2.248

Quelle: [Statistisches Bundesamt, Genesis-Online](#)

Kennzahl 6: **Rang des Landes beim Außenhandel mit Deutschland**

Rang des Landes bei deutschen Exporten (2016)	1
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland (2016)	4

Quelle: [Statistisches Bundesamt, Genesis-Online](#)

Kennzahl 7: **Gini-Koeffizient**

USA/Vereinigte Staaten (2013)	41
Im Vergleich: Deutschland (2013)	29

Quelle: [The World Bank, Data \(USA/Vereinigte Staaten\)](#), [Statistisches Bundesamt \(Deutschland\)](#)

Wie oben bereits erwähnt, ist einer der wichtigsten Erfolge der Regierung Trump die Steuerreform, die konservativ geschätzt in den nächsten zehn Jahren mindestens 1,5 Billionen US-Dollar kosten wird. Die Reform sieht massive Senkungen vor allem von Unternehmenssteuern vor, um die Wirtschaft anzukurbeln. Jedoch wird sie von weiten Teilen der amerikanischen Bevölkerung abgelehnt, da sie für den Normalbürger vermutlich nach einigen Jahren zu Steuererhöhungen führen wird, eher großen Unternehmen als kleineren Firmen nützt und vor allem das Staatsdefizit in astronomische Höhen schießen lassen wird. Zum Jahreswechsel schien jedoch zunächst der gewünschte Effekt erreicht: Ende 2017 war das Bruttoinlandsprodukt der USA auf die Rekordsumme von 19.390,6 Mrd. US-Dollar angestiegen und machte damit fast ein Drittel der weltweiten Wirtschaftskraft aus. Der Dow Jones-Index überschritt erstmals die magische Hürde von 25.000 Punkten, die Wirtschaft boomt bei Vollbeschäftigung. Im April 2018 wurden 164.000 neue Jobs geschaffen, was allerdings unter dem Durchschnitt der vorherigen zwölf Monate lag. Dadurch sank die Arbeitslosenquote auf 3,9 Prozent (und auf 2,1 Prozent für Arbeitskräfte unter 25 Jahren mit mindestens einem Bachelor-Abschluss). Im ersten Quartal 2018 stieg das Wirtschaftswachstum in den USA um 2,3 Prozent – etwas langsamer als im letzten Quartal 2017 (2,9 Prozent). Die Gewinne der 500 Top- Unternehmen in den USA sollten laut Prognosen im ersten Quartal 2018 um mehr als 17,2 Prozent steigen. Dagegen stieg der durchschnittliche Stundenlohn nur um 2,6 Prozent auf 26,84 US-Dollar, sehr zur Verwunderung der Analysten, die aufgrund des drohenden Arbeitskräftemangels mit einer deutlicheren Steigerung der Löhne gerechnet hatten. De facto können viele Amerikaner von dem Gehalt, das sie mit einem Job verdienen, nicht leben und müssen daher mehrere Arbeitsverhältnisse gleichzeitig eingehen.

Nun werden die nächsten Jahre zeigen müssen, ob der gewünschte „Trickle-down“-Effekt einsetzt oder ob, wie vormals unter Präsident Ronald Reagan, eine weitere Wirtschaftskrise die Folge dieses riskanten Manövers ist. Ein wichtiger Faktor in dieser Berechnung wird die Frage sein, wie sich der Handelskrieg an verschiedenen Fronten, den die Regierung in Washington im Sommer 2018 angezettelt hat, auswirkt. Auf die Androhung oder den Erlass von Strafzöllen auf ausländische

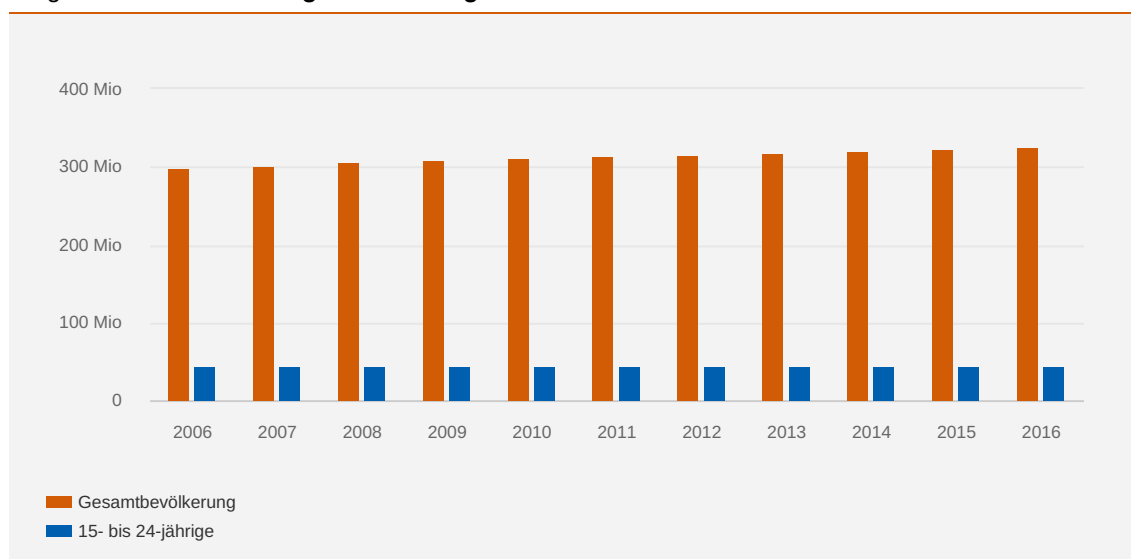
Produkte durch Präsident Trump reagierten die einstigen Handelspartner im Juni 2018 unmittelbar und scharf: Die EU plant ihrerseits Zölle im Wert von 3,3 Mrd. US-Dollar auf amerikanische Waren, Kanada und Mexiko reagierten entsprechend, ebenso China. Die Folgen dieser Handelserschwernisse würden die Bürger aller beteiligten Staaten treffen, auch und gerade die der USA.

Quellen:

- [The New York Times: China Offers to Buy Nearly \\$70 Billion of American Goods if U.S. Halts Tariffs \(5.6.2018\)](#)
- [CNN money: Trade clash: EU to hit US with \\$3.3 billion in tariffs next \(6.6.2018\)](#)
- [CNBC: Corporate profits expected to be highest in seven years, but that may not help stocks much \(28.3.2018\)](#)
- [Bureau of Labour Statistics: Usual Weekly Earnings of Wage and Salary Workers - Second Quarter 2018 \(17.6.2018\)](#)
- [CNBC: Number of Americans without health insurance jumped by more than 3 million under Trump \(16.1.2018\)](#)
- [Bureau of Labour Statistics: Unemployment rate 2.1 percent for college grads, 4.3 percent for high school grads in April 2018 \(10.5.2018\)](#)
- [The Wall Street Journal: U.S. Economy Adds 164,000 Jobs in April \(4.5.2018\)](#)
- [Statista – Das Statistik-Portal: USA: Bruttoinlandsprodukt \(BIP\) in jeweiligen Preisen von 2008 bis 2018](#)
- [CNN money: US economy grew modestly to start 2018 \(27.4.2018\)](#)
- [Focus Economics: U.S. Economic Outlook \(24.7.2018\)](#)
- [The New York Times: U.S. Economy Grew by 2.3% in First Quarter, Easing Slightly \(27.4.2018\)](#)

c. Bevölkerung

Diagramm 3: Bevölkerungsentwicklung



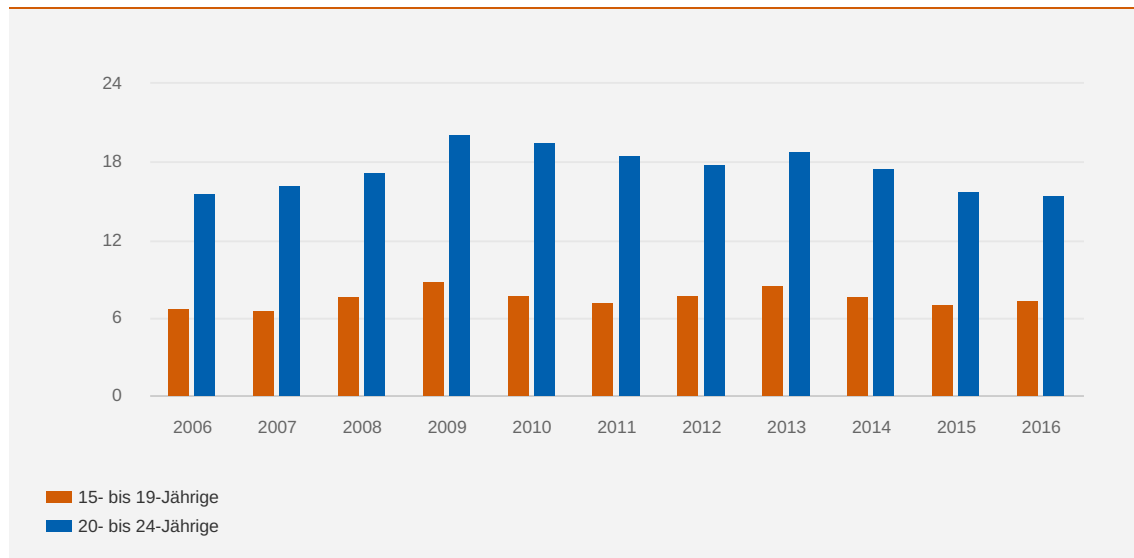
Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 8: **Bevölkerungszahl absolut**

USA/Vereinigte Staaten (2016)	324.118.787
Im Vergleich: Deutschland (2016)	80.682.351

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Diagramm 4: **Anteil der Arbeitslosen unter den 15- bis 24-Jährigen (Entwicklung)** in Prozent



Quelle: [OECD. Data](#)

Kennzahl 9: **Anteil der Arbeitslosen unter den 15- bis 24-Jährigen** in Prozent

Unter den 15- bis 19-Jährigen (2016)	7,28
Im Vergleich: Deutschland (2016)	2,28
Unter den 20- bis 24-Jährigen (2016)	15,35
Im Vergleich: Deutschland (2016)	4,55

Quelle: [OECD. Data](#), [Statistisches Bundesamt. Genesis-Online \(Deutschland\)](#)

Spanisch sprechende Menschen sind die größte Minderheit in den Vereinigten Staaten: Im Jahr 2016 gab es rund 55 Millionen Spanisch sprechende Menschen in den USA. Das sind etwas mehr als 17 Prozent der gesamten US-Bevölkerung. Wie das Census Bureau voraussagt, werden 2060 fast 129 Millionen Spanisch sprechende Menschen in den Vereinigten Staaten leben, das wäre dann ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Und schon 2050, so wird derzeit geschätzt, wird der Anteil aller ethnischen Minderheiten zusammengenommen den Anteil der Weißen in der Bevölkerung – derzeit noch die Mehrheit – übersteigen. Noch ein paar weitere Zahlen: 2016 machten Hispanics 12 Prozent

der Wählerschaft aus – im Vergleich zu 10 Prozent im Jahr 2012. Ferner gehören mehr als 30 Prozent der Einwohner folgender Bundesstaaten zu dieser Bevölkerungsgruppe: Arizona – 30,5 Prozent; Kalifornien – 38,6 Prozent; New Mexico – 47,8 Prozent und Texas – 38,6 Prozent. In neun Bundesstaaten gibt es jeweils mehr als eine Million Hispanics: Arizona, California, Colorado, Florida, Illinois, New Jersey, New Mexico, New York und Texas.

63,3 Prozent der hispanischen Bevölkerung in den Vereinigten Staaten sind mexikanischer Herkunft, gefolgt von Puerto-Ricanern (9,4 Prozent), Salvadorianern (3,8 Prozent), Kubanern (3,7 Prozent), Dominikanern (3,1 Prozent) und Guatemalteken (2,3 Prozent). Kalifornien und New Mexico sind die beiden Bundesstaaten mit den höchsten Zahlen hispanischer Einwohner – in Kalifornien machen 14,7 Millionen Hispanics mehr als ein Drittel der Einwohner aus, in New Mexico haben fast die Hälfte der Bürger einen solchen Hintergrund. In Kalifornien gab es ein Wachstum von 39 Prozent der Hispanics zwischen 2000 und 2015; in Texas 60 Prozent und in Georgia hat sich der Anteil der Hispanics im genannten Zeitraum verdoppelt.

38 Millionen Hispanics in den USA sprechen Spanisch – das sind rund 13 Prozent der US-Bevölkerung. Es verwundert daher auch nicht, dass Spanisch nach Englisch die Sprache ist, die am häufigsten in den USA gesprochen wird.

Viele Angehörige der hispanischen Minderheit sind relativ jung. Ihr Durchschnittsalter lag bei 28 im Jahr 2015 (19 Jahre für Hispanics, die in den USA geboren wurden, und 42 Jahre für Hispanics, die außerhalb der Staaten geboren wurden). Laut einer Studie des Pew Research Centers sind unter den Hispanics in den USA fast 60 Prozent 33 Jahre alt oder jünger. Auch bei den Afroamerikanern ist die Zahl der jüngeren Menschen mit 51 Prozent sehr hoch, ebenso bei der asiatischen Bevölkerung (46 Prozent). Dagegen bewegt sich die Vergleichszahl bei der weißen Bevölkerung um die 40 Prozent. Diese Zahlen und die oben angesprochene Bevölkerungsentwicklung haben zukünftig große Auswirkungen auf viele gesellschaftliche Bereiche – wie zum Beispiel das Wählerverhalten – und natürlich auch auf das Bildungswesen und die Hochschullandschaft in den USA.

Schon jetzt sind deutliche Veränderungen zu beobachten: Zwischen 1993 und 2013 stieg die Anzahl hispanischer Schüler an den US-Schulen um rund 200 Prozent. Im Vergleich zu 2011, als 16 Prozent der Hispanics an High Schools ohne einen Abschluss die Schule verließen, entschieden sich im Jahr 2016 nur noch 10 Prozent der High School-Schülerinnen und -Schüler (insgesamt 684.000 Personen) mit hispanischen Wurzeln, ohne Abschluss auszusteigen. Und auch die Einschreibungen an zwei- oder vierjährigen Colleges zeigen einen Aufwärtstrend, sowohl bei den Hispanics wie auch bei den Afroamerikanern.

Heute sind die Hispanics die größte Minderheit auf einem durchschnittlichen US-College-Campus. 2014 waren 35 Prozent Hispanics (zwischen 18 und 24 Jahren) an einem College oder Community College eingeschrieben, dies bedeutet einen Anstieg um 13 Prozent gegenüber 1999. Im Vergleich waren 33 Prozent der Afroamerikaner, 42 Prozent der Weißen und 64 Prozent der Asiaten eingeschrieben. Allerdings ist hier auch noch viel Entwicklungsspielraum, wie der Vergleich der Bachelor-Abschlüsse bei Amerikanern zwischen 25 und 29 Jahren zeigt. 2013 konnten lediglich 15 Prozent der Hispanics einen BA vorweisen. Zum Vergleich: Rund 40 Prozent der Weißen in der gleichen Altersgruppe hatten mindestens einen Bachelor-Abschluss erworben, zudem rund 20 Prozent der Afroamerikaner und 60 Prozent der Asiaten. Ein Grund für diese Diskrepanz ist vermutlich der Umstand, dass Hispanics seltener als andere Bevölkerungsgruppen an einem vierjährigen College eingeschrieben sind und daher gar keinen BA erwerben können. Fast die Hälfte der Hispanics, die auf ein College gehen, besuchen ein Community College mit zweijährigen, eher praktisch und weniger akademisch orientierten Abschlüssen. Zum Vergleich: Rund 30 Prozent der Weißen besuchen ein Community College, ferner 32 Prozent der Asiaten und 34 Prozent der Afroamerikaner. Im Jahr 2016 waren 3,6 Millionen Hispanics an Hochschulen in den Staaten eingeschrieben – das entspricht einer Steigerung von 180 Prozent von den 1,3 Millionen, die 1999 eingeschrieben waren.

20 Millionen Amerikaner haben Wurzeln in 20 asiatischen Ländern. Zwischen 2000 und 2015 wuchs die Anzahl der asiatisch-stämmigen Amerikaner um etwa 72 Prozent. Die drei größten Gruppen kommen aus China, Indien und den Philippinen. Schätzungen zufolge werden ab 2055 mehr

Einwanderer aus Asien in den USA sein als Hispanics.

Die Veränderungen in der Zusammensetzung der US-Bevölkerung sind auch für die deutschen Hochschulen, die sich auf dem US-amerikanischen Markt bewegen, ein interessanter Aspekt. Spezielle Programme für diese neuen Zielgruppen zu entwickeln, um sie ins Ausland zu locken, könnte sehr erfolgreich sein. Dies umso mehr, als dass die Bereitschaft, Deutsch zu lernen, durchaus vorhanden ist.

Quellen:

- [Pew Research Center: Key facts about Asian Americans, a diverse and growing population \(8.9.2017\)](#)
- [United States Census Bureau: Educational Attainment in the United States: 2015. Population Characteristics. Current Population Reports \(3.2016\)](#)
- [Pew Research Center: How the U.S. Hispanic population is changing \(18.9.2017\)](#)
- [Pew Research Center: Hispanic dropout rate hits new low, college enrollment at new high \(29.9.2017\)](#)
- [CNN world: Hispanics in the US Fast Facts \(22.3.2018\)](#)
- [Pew Research Center: Hispanic Student Enrollments Reach New Highs in 2011 \(20.8.2012\)](#)
- [Pew Research Center: The Nation's Latino Population Is Defined by Its Youth \(20.4.2016\)](#)
- [USA Today: Hispanic growth rate in U.S. lowest on record \(9.9.2016\)](#)

Mehr zum Thema:

- [Hispanic Association of Colleges and Universities – HACU](#)

2. Hochschul- und Bildungswesen

a. Historische Entwicklung

Interessanterweise spielte das deutsche Universitätssystem eine Rolle bei der Entstehung der Graduate Schools in den USA: Mit der Rückkehr von in Deutschland promovierten amerikanischen Wissenschaftlern in die USA wurde es üblich, einen Dokortitel mitzubringen, um Professor an einem US-College zu werden. Durch diesen sanften, äußeren Druck entwickelten sich fortan an den amerikanischen Colleges Zentren zur Graduiertenausbildung, um selbst den Bedarf an Lehrpersonal mit höheren akademischen Weihen decken zu können.

Am Anfang des 20. Jahrhunderts gab es in den USA weniger als 1.000 Colleges mit 160.000 Studenten. Nach ersten großen Wachstumswellen 1900-1930 und nochmals nach dem Zweiten Weltkrieg, zwischen 1950-1970, ist das System heute riesig: Im Herbst 2017 waren insgesamt rund 20,4 Millionen Studierende an insgesamt 4.724 US-amerikanischen Einrichtungen tertiärer Bildung (Community Colleges, Colleges und Universitäten) eingeschrieben, was einer Steigerung von 5,1 Millionen Studierenden seit 2000 entspricht.

Davon besuchten etwa 7 Millionen Studierende ein zweijähriges Community College und 13,4 Millionen eine vierjährige Hochschule. Ungefähr 17,5 Millionen Studierende waren in ein Erststudium eingeschrieben, 3 Millionen strebten einen weiterführenden Abschluss an.

b. Rolle des Staates / Autonomie

Hochschulpolitik und auch die entsprechende Gesetzgebung sind im Wesentlichen Sache der Bundesstaaten, die auch die Grundfinanzierung der Universitäten aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung stellen.

In Sachen Autonomie sind die großen, privaten Non-Profit-Universitäten diejenigen mit dem größten Freiheitsgrad. Sie erhalten keinerlei bundesstaatliche Grundförderung und können daher weitgehend eigenständig über Curriculum und Budgetverteilung entscheiden. Private Hochschulen erhalten nur bundesstaatliche Mittel für konkrete Projekte und Initiativen sowie für Forschung.

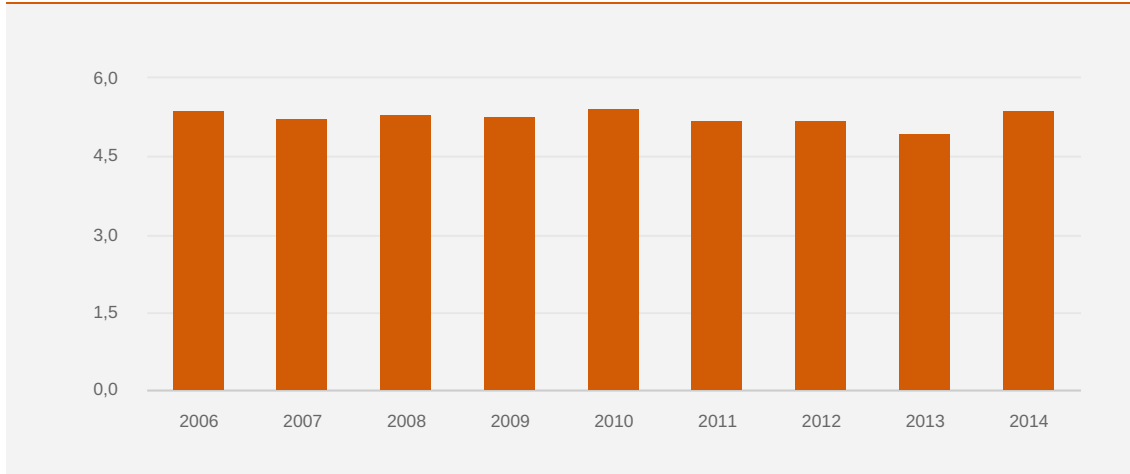
Quellen:

- www.highereducation.org - The Role of the Federal Government
- <https://nces.ed.gov> - National Center for Education Statistics
- www.nsf.gov - National Science Foundation
- <https://academia.stackexchange.com>
- www.insidehighered.com
- www.ucan-network.org - 9 Myths about Private Colleges

c. Finanzierung der Hochschulen

Diagramm 5: Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) in Prozent des BIP

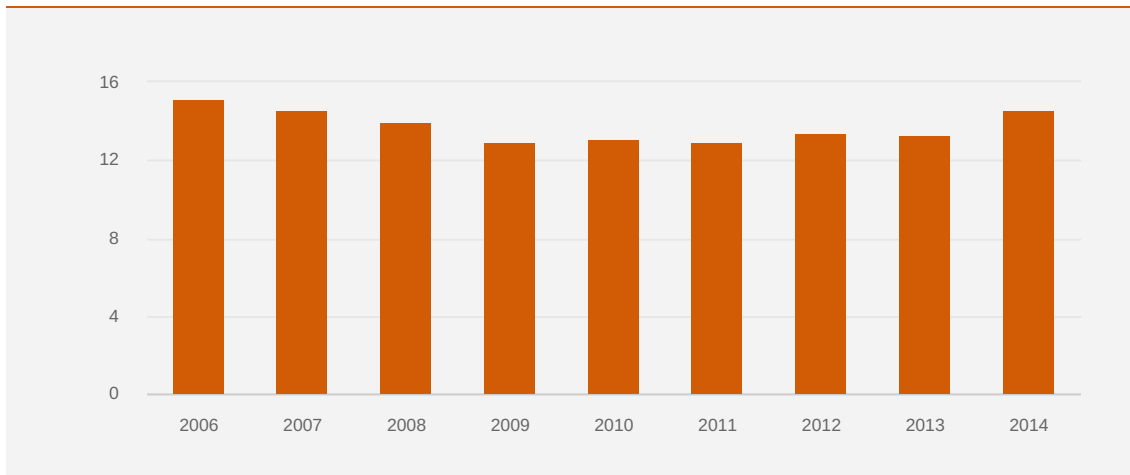
in Prozent



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

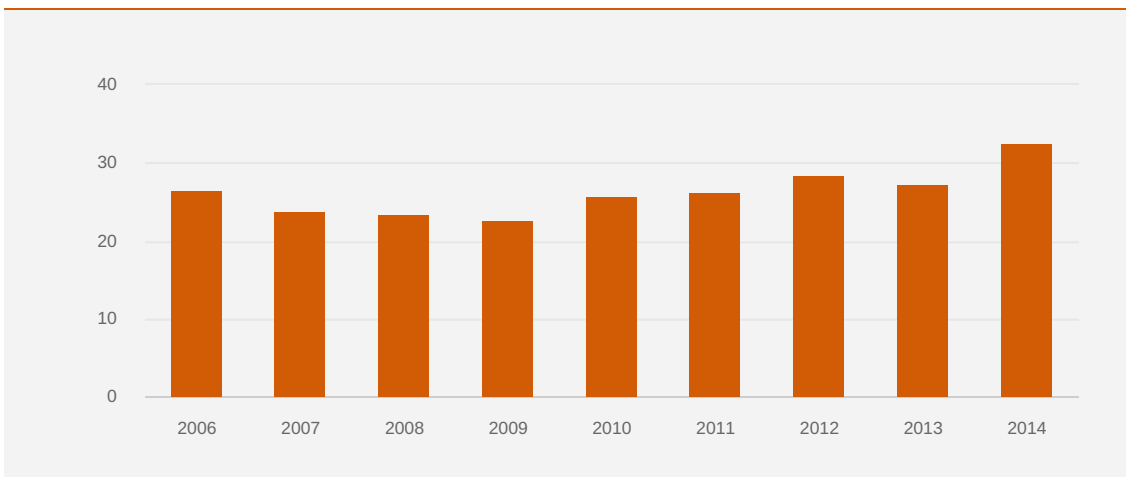
Diagramm 6: Anteil der jährlichen Bildungsausgaben in Prozent der Regierungsausgaben insgesamt

in Prozent



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Diagramm 7: Anteil der jährlichen Ausgaben für tertiäre Bildung in Prozent der Regierungsausgaben für Bildung insgesamt in Prozent



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 10: **Bildungsausgaben** in Prozent

Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) in Prozent des BIP (2014)	5,38
Im Vergleich: Deutschland (2014)	4,95
Anteil der jährlichen Bildungsausgaben in Prozent der Regierungsausgaben insgesamt (2014)	14,55
Im Vergleich: Deutschland (2014)	11,14
Anteil der jährlichen Ausgaben für tertiäre Bildung in Prozent der Regierungsausgaben für Bildung insgesamt (2014)	32,54
Im Vergleich: Deutschland (2014)	26,59

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#), [UNESCO Institute of Statistics](#), [UNESCO Institute of Statistics](#)

Das Hochschulsystem in den Vereinigten Staaten ist ein großes, komplexes und vielfältiges Gebilde. Sowohl die Bundesregierung als auch die Bundesstaaten sind an der Finanzierung der US-Hochschulen beteiligt, wobei die privaten Institutionen keinerlei staatliche Grundförderung erhalten.

Vergleicht man die OECD-Angaben zu Hochschulausgaben in den USA und Deutschland, fällt der große Unterschied zwischen öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildung im tertiären Bereich auf: Während in Deutschland 85,8 Prozent der Ausgaben öffentlich getragen werden, sind es in den USA gerade einmal 34,7 Prozent. Umgekehrt liegen private Investitionen in Bildung in Deutschland bei 14,2 Prozent, in den USA dagegen bei 65,3 Prozent.

Der Großteil öffentlicher Bildungsausgaben in den USA wird auf bundesstaatlicher und kommunaler Ebene aufgewandt. Laut Bericht vom April 2017 des Center on Budget and Policy Priorities, bei dem die aktuellsten Daten aus dem Jahr 2015 herangezogen wurden, fallen bei den Bundesstaaten

durchschnittlich ein Viertel aller Ausgaben für öffentliche Bildung im Primar- und Sekundarbereich an. Das entspricht etwa 308 Mrd. US-Dollar. Für den Tertiärbereich wurden dagegen nur 156 Mrd. US-Dollar (13 Prozent) ausgegeben.

Auf nationaler Ebene wurden 2015 pro Student 11.392 US-Dollar an öffentlichen Geldern ausgegeben. Dabei variieren die Ausgaben von Staat zu Staat jedoch erheblich: New York gibt durchschnittlich etwa 20.000 US-Dollar pro Student aus, Utah und Idaho dagegen geben nur etwa ein Drittel davon aus.

In 44 von 49 Bundesstaaten wurden zwischen 2008 und 2017 die öffentlichen Ausgaben pro Student gekürzt. Allein Indiana, Montana, Nebraska, North Dakota und Wyoming gaben seit 2008 pro Student mehr aus. Die restlichen Staaten sparten 2017 durchschnittlich 16 Prozent (1.448 US-Dollar) pro Student ein. Mehr als 30 Prozent Einsparungen gab es in den Bundesstaaten Alabama, Arizona, Illinois, Louisiana, New Mexico, Oklahoma, Pennsylvania, und South Carolina. Wisconsin wurde von der Analyse ausgeschlossen. Zwischen 2008 bis 2017 fiel die Förderung pro Student um 1.626 US-Dollar oder 24,8 Prozent (Center on Budget and Policy Priorities).

In Arizona wurden zwischen 2008 bis 2017 mit 53,8 Prozent die größten Budgeteinsparungen für Bildung umgesetzt, gefolgt von Louisiana (minus 44,9 Prozent) und Illinois (minus 36,9 Prozent). Fünf weitere Staaten verzeichneten Kürzungen um die 30 Prozent, gefolgt von zehn weiteren Staaten um die 20 Prozent. Den höchsten Anstieg der öffentlichen Mittel für Bildung zwischen 2008 und 2017 konnte in den Staaten North Dakota (plus 37,8 Prozent), Wyoming (plus 10,9 Prozent) und Montana (plus 5,1 Prozent) festgestellt werden.

Quellen:

- www.insidehighered.com
- <http://cae.org>
- <https://data.oecd.org>
- www.governing.com
- www.cbpp.org
- www.cbpp.org

Die Finanzierungsanteile zwischen Bund und Bundesstaaten haben sich in den letzten Jahren – vor allem seit der Rezession 2008 – stark verschoben. Trugen früher die Bundesstaaten 65 Prozent mehr als der Bund zu den Hochschulbudgets bei, so haben sich die Gesamtsummen mittlerweile angeglichen. Dies liegt vor allem daran, dass der Bund eine seiner beiden Hauptförderschienen deutlich hochfahren musste: die sogenannten "Pell Grants", die finanzschwache Studierende mit dem Ziel unterstützen, möglichst breiten Bevölkerungsschichten einen Hochschulzugang zu gewähren. Die Pell Grants sind dem BAföG im weitesten Sinne vergleichbar und müssen – das ist besonders wichtig – nicht zurückgezahlt werden. Allerdings dienen sie, anders als das BAföG, in erster Linie der Zahlung von Studiengebühren. Im akademischen Jahr 2016/2017 wurden 7,1 Millionen Studierende mit 26,6 Mrd. US-Dollar durch einen Pell Grant unterstützt. Dabei betrug die maximale Jahresdotierung 5.815 US-Dollar. Seit 1976 stieg die Zahl der Pell-Grant-Bezieher stetig an, wobei das historische Hoch 2011/2012 bei 9,2 Millionen Personen lag. Inzwischen ist die Anzahl der Geförderten wieder gesunken, jedoch nie wieder auf den Wert vor der Rezession 2007/2008 mit 5,2 Millionen Leistungsempfängern. Eine weitere wichtige Finanzierungsquelle für Studierende ist der Federal Supplemental Educational Opportunity Grant (FSEOG), der besonders bedürftige Studierende zusätzlich zum Pell Grant mit zwischen 100 und 4.000 US-Dollar pro Jahr unterstützt. Im akademischen Jahr 2016/2017 standen hierfür insgesamt 733.130 US-Dollar zur Verfügung.

Der Durchschnitt der Studiengebühren für private Hochschulen mit vierjähriger Studiendauer liegt bei 29.478 US-Dollar. Ausländische Studierende haben keinen Zugang zu öffentlichen Fördergeldern, sondern lediglich zu universitätsspezifischer Förderung: so zum Beispiel zu den Stipendien für hochqualifizierte Sportler oder aber indirekt durch wissenschaftliche Mitarbeiterstellen für Masterstudierende oder Doktoranden, denen neben der Zahlung eines Gehalts zusätzlich eine Krankenversicherung angeboten wird und die Studiengebühren erlassen werden.

Insgesamt wird der US-amerikanische Hochschulsektor nach wirtschaftlichen Regeln geführt, selbst

die öffentlichen Institutionen. Wie bei einem solchen System nicht anders zu erwarten, schlagen sich gesamtwirtschaftliche Entwicklungen deutlich nieder: Nach dem Börsenkrach 2008 gingen die staatlichen Einnahmen von öffentlichen Colleges und Universitäten dramatisch zurück und lagen 2017 fast 9 Mrd. US-Dollar unter dem Budget von 2008. Die wie Wirtschaftsunternehmen geführten Privathochschulen dagegen hatten mit geringeren Kapitalerträgen aus ihren Stiftungsvermögen zu kämpfen. Dies alles wirkte sich auf das universitäre Leben aus: Die Zahl der festen Stellen für Lehrende und Forscher verringerte sich, die Forschungsmittel sanken, Investitionsprojekte auf dem Campus wurden auf Halde gelegt, und schließlich stiegen die Studiengebühren teilweise deutlich an.

Die durchschnittlichen Jahresgebühren für ein vierjähriges Bachelorstudium an privaten Non-Profit-Colleges liegen derzeit bei durchschnittlich fast 38.000 US-Dollar, an öffentlichen Colleges im Schnitt bei knapp unter 10.000 US-Dollar (für Out-of-State-Studierende bei rund 25.600 US-Dollar). Aufgrund der hohen Studiengebühren müssen zahlreiche Studierende ein Darlehen aufnehmen, was zu einer stetig steigenden Verschuldung führt. Die Zahlen sind erschütternd: Die Studienschulden belaufen sich 2018 auf 1,48 Billionen US-Dollar (und damit 620 Mrd. US-Dollar mehr als die gesamten Kreditkartenschulden der Amerikaner). Die Kredite werden mit zwischen 4 und 7 Prozent verzinst, so dass sie letztlich eine gute Einnahmequelle für die staatlichen Kreditgeber darstellen – dies ist immer wieder Anlass zur Kritik. Es gibt etwa 44 Mio. Kreditnehmer mit einem durchschnittlichen Saldo von 39.400 US-Dollar. Dies alles hat letztlich wiederum Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft: Wer mit hohen Studienschulden zu kämpfen hat, hat keine Ressourcen um beispielsweise eine Immobilie zu erwerben oder eine Familie zu gründen.

Wie sehr die Studiengebühren gestiegen sind, zeigen folgende inflationsbereinigte Vergleichszahlen des College Board (jeweils für vierjährige Studiengänge): Öffentliche Universitäten – Anstieg um 213 Prozent von 1987/1988-2017/2018; private Universitäten – Anstieg um 129 Prozent über denselben Zeitraum. Laut der Tabelle des College Board für den Zeitraum von 2007/2008-2017/2018 ist für öffentliche Universitäten ein Anstieg um 136 Prozent zu verzeichnen, für private Universitäten ein Anstieg um 126 Prozent. Der größte Sprung nach oben fand nach der Finanzkrise im akademischen Jahr 2009/2010 statt.

Und noch ein letzter interessanter Punkt zum Thema Studiengebühren/ Studienschulden: Rund zwei Drittel der Schulden lasten auf den Schultern von weiblichen Absolventinnen, die zudem auf Grund der ungleichen Bezahlung von Männern und Frauen länger brauchen, um ihren Studienkredit Dollar für Dollar zurückzuzahlen. Unter den Frauen wiederum sind die Afroamerikanerinnen am stärksten belastet.

Wie wichtig die Spendeneinnahmen für US-Colleges und -Universitäten sind, belegen Zahlen aus dem Jahr 2017: Laut The Chronicle of Philanthropy stiegen die Spendeneinnahmen um 6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Gesamtsumme belief sich auf 43,6 Mrd. US-Dollar, die höchste Summe seit Beginn der Dokumentation im Jahr 1957. Die größten Gewinner sind dabei die Eliteunis. Angeführt wird die Liste von der Harvard University (1,28 Mrd. US-Dollar), gefolgt von der Stanford University (1,13 Mrd. US-Dollar) und der Cornell University (743,50 Mio. US-Dollar).

Quellen:

- www.cbpp.org
- www.cbpp.org
- www.highereducation.org
- www.timeshighereducation.com
- www.marketwatch.com
- <https://studentaid.ed.gov>
- <https://nces.ed.gov>
- www.nsf.gov
- www.sciencemag.org
- www.nih.gov

Vor allem aufgrund sinkender Beiträge der öffentlichen Kassen sind öffentliche Hochschulen hoch verschuldet. In der Publikation "Recommitting to Lincoln's Vision: An Educational Compact for the

21st Century" analysiert die Lincoln-Projekt-Gruppe, bestehend aus Hochschul- und Wirtschaftsvertretern sowie ehemaligen Politikern, die aktuelle finanzielle Lage der öffentlichen Forschungsuniversitäten. Am Ende stehen wichtige Hinweise für alle Beteiligten (Universitäten, Bundesstaaten, Bundesregierung sowie private Investoren und Industrie), wie das Hochschulsystem in Zukunft finanziert werden könnte.

Öffentliche Forschungsuniversitäten unterrichten ca. 3,8 Millionen Studierende in den USA, davon sind fast 900.000 Master- und PhD-Studierende. Universitäten sind auch besonders erfolgreich bei der Entwicklung und Anmeldung von Patenten im Bereich Technologietransfer: Laut der 2016 veröffentlichten Studie der Association of University Technology Managers, an der 195 Institutionen teilnahmen, führte im Haushaltsjahr 2016 die Forschung an 165 Hochschulen, 29 Krankenhäusern und Forschungseinrichtungen zu 16.487 Patentanmeldungen und 7.021 Patenten sowie zu der Gründung von 1.024 Start-Ups. Neue und bereits existierende Lizenzen haben zwischen 1996 und 2015 insgesamt mehr als 591 Mrd. US-Dollar Gewinn eingebracht. Die 2017 von Reuter's veröffentlichte Liste der innovativsten Universitäten wird von der Stanford University angeführt, gefolgt von den ebenfalls privaten US-amerikanischen Universitäten Massachusetts Institute of Technology auf Rang 2 und der Harvard University auf Platz 3. Unter den Top 10 der innovativsten Universitäten weltweit sind 5 private US-amerikanische Hochschulen und 3 öffentliche Hochschulen bzw. Hochschulverbände. Die höchstplatzierte öffentliche Hochschule ist die University of Washington auf Rang 7.

Trotz aller Erfolge ist die finanzielle Unterstützung für diese Institutionen im letzten Jahrzehnt laut des Pew Charitable Trust Reports von 2015 vor allem auch auf staatlicher Ebene zwischen 2008 und 2013 um bis zu 21 Prozent gesunken. Moody's Rating-Agentur zeigt in ihrer Untersuchung von 500 Colleges, dass sich die Verschuldung der Einrichtungen im letzten Jahrzehnt verdoppelt hat.

Um einen Ausweg aus dem Teufelskreis aus Budgetsenkung, Einschnitten bei der Lehre und sonstigen Ausgaben und schließlich der Erhöhung der Studiengebühren zu finden, sehen die Experten der Lincoln-Projekt-Gruppe eine grundsätzliche Überarbeitung der Einnahmenstruktur öffentlicher Hochschulen als unausweichlich an. Um weniger abhängig von staatlichen Zuwendungen zu sein, rät der Lincoln-Report den Universitäten zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit Firmen, Stiftungen und Alumni. Als erfolgreiche Beispiele für Fundraising-Kampagnen nennen die Autoren der Lincoln-Projekt-Gruppe die University of Virginia, die University of Texas, Austin, sowie die University of California, Los Angeles, die jüngst große Kampagnen mit Milliarden-Einnahmen beendet haben. Das erfolgreichste Beispiel, so der Report, sei die University of Michigan: Hier übersteigen die Spendeneinnahmen mittlerweile die staatlichen Zuwendungen. Die 2013 im November gestartete Fundraising-Kampagne mit der Absicht, 4 Mrd. US-Dollar einzuwerben, hat im April 2017 ihre Zielmarke nicht nur erreicht, sondern sogar übertroffen.

Als weitere Einnahmequellen werden gewinnbringende Partnerschaften mit Firmen identifiziert. Besonders wichtig sei es, die bislang bestehenden Hindernisse beim Technologietransfer von universitären Entwicklungen in die Produktion zu überwinden.

Wie erfolgreich solche Strategien sein werden, wird man sehen. Wie weit die stärkere Abhängigkeit von privaten und industriellen Geldgebern die akademische Freiheit beeinflussen wird, muss ebenfalls kritisch beobachtet werden.

Quellen:

- www.autm.net
- www.timeshighereducation.com
- <http://unesdoc.unesco.org>
- www.amacad.org
- www.amacad.org
- www.bu.edu

d. Relevante Institutionen

Das **Department of Education (ED)** ist auf Bundesebene das zuständige Ministerium für die Hochschulen, wobei die eigentliche Hochschulpolitik sowie die zuständige Gesetzgebung auf der Ebene der Bundesstaaten verantwortet werden.

www2.ed.gov

Zahlreiche Verbände und Organisationen sind zudem wichtige Akteure im US-amerikanischen Hochschulsystem, so vor allem die folgenden:

American Council on Education (ACE)

www.acenet.edu

ACE vertritt die Präsidentinnen und Präsidenten von 1.700 Hochschulen in den USA, unter anderem bei Schwerpunktthemen wie der Verbesserung des Hochschulzugangs und der Internationalisierung der Hochschulen.

American Association of College Registrars and Admissions Officers (AACRAO)

www.aacrao.org

AACRAO vertritt mehr als 11.000 Hochschulangehörige von 2.600 Institutionen in 40 Bundesstaaten. Der Auftrag von AACRAO: "...to serve and advance higher education by providing leadership in academic and enrollment services."

American Association of Community Colleges (AACC)

www.aacc.nche.edu

AACC vertritt 1.400 Community Colleges und deren 13 Millionen Studierende.

Die Ziele von AACC sind:

- Provide a national voice and advocacy for the community college mission
- Serve as a national information resource
- Create opportunities for peer networking and interaction at all levels, professional initiatives, dialogue, and community-building
- Facilitate collaboration among AACC staff and stakeholders
- Encourage a shared commitment to the community college movement
- Offer leadership and career development opportunities

American Association of Colleges & Universities (AAC&U)

www.aacu.org

Mit 1.300 Mitgliedshochschulen vertritt AAC&U die Philosophie der "Liberal Education" mit vier Zielen:

- EAP: Liberal Education as a Global Necessity
- Quality: 21st Century Markers for the Value of US Degrees
- Equity: Innovation, Inclusive Excellence, and Student Success
- Social Responsibility: Integrative Liberal Learning for the Global Commons

Association of Public & Land-Grant Universities (APLU)

www.aplu.org

Mit 235 Mitgliedsinstitutionen ist APLU eine Forschungs-, Politik-, und Lobbying-Einrichtung zur Unterstützung der Arbeit der öffentlichen Universitäten in den USA, Kanada und Mexiko.

Association of American Universities (AAU)

www.aau.edu

AAU ist ein Mitgliedsverein von 62 Top-Universitäten (Research Universities) in den USA.

American Association of State Colleges and Universities (AASCU)

www.aascu.org

Mit 420 Mitgliederorganisationen hat AASCU folgende Aufgaben:

- To promote education and the distinctive contributions of those institutions that comprise the AASCU To promote understanding, appreciation and support for the public purpose of public higher membership
- To support member institutions in their mission to prepare students who can be demonstrably competitive and effective in an economy and a society that requires global literacy
- To advocate for effective public policy at the federal level and to provide both federal and state policy analysis to advance member institutions and the students they serve
- To provide leadership for effective policy development and program support that will strengthen academic quality, promote access and inclusion, foster regional stewardship and economic progress, and facilitate educational innovation
- To create professional development opportunities for member presidents and their spouses and partners, system executives and other senior leaders and to undertake a systematic approach to fostering new leaders who will contribute to educational innovation

The Council of Independent Colleges (CIC)

www.cic.edu

CIC ist eine Vereinigung aller unabhängigen, kleinen und mittelgroßen Liberal Arts Colleges und Universitäten in den USA mit den Zielen:

- Serving independent colleges and universities
- Connecting the leaders of private liberal arts colleges and universities
- Promoting high-quality education
- Making the case for independent higher education
- Fostering institutional effectiveness
- Forming collaborations to create and strengthen programs
- Supporting independent colleges through State Fund Members
- Listening to institutional leaders

The Council on Graduate Schools (CGS)

<http://cgsnet.org>

CGS ist seit 50 Jahren die Stimme der "graduate deans" in den USA und beschäftigt sich mit dem Fortschritt der Graduierten-Ausbildung und Forschung.

Hispanic Association of Colleges and Universities (HACU)

www.hacu.net

HACU vertritt mehr als 470 Universitäten, die sich vor allem dem akademischen Erfolg der hispanischen Bevölkerung verschrieben haben; an den HACU-Hochschulen sind mehr als zwei Drittel der hispanischen Studierenden in den USA eingeschrieben.

Minority Serving Institutions (MSI)

www2.ed.gov/about/offices/list/ocr/edlite-minorityinst.html

https://en.wikipedia.org/wiki/Minority-serving_institution

Im amerikanischen Hochschulsystem der USA gibt es Minority Serving Institutions (MSI), an denen vorwiegend ethnische Minderheiten eingeschrieben sind. Die Hochschulen, denen die Bundesregierung diesen Status verliehen hat, erhalten Anspruch auf Gelder von der Bundesregierung.

Zu den MSIs gehören auch eine Reihe von Hochschulorganisationen, die Minderheiten in den USA dienen:

Historically Black Colleges and Universities (HBCU). Es gibt 104 HBCUs in den USA.

<https://sites.ed.gov/whhbcu/>

<https://articles.niche.com/list-of-hbcu-schools-in-america-2/>

Hispanic-Serving Institutions (HSI). Es gibt 250 HSIs in den USA.

www2.ed.gov/programs/idadeshsi/awards.html

Tribal College or University (TCU). Es gibt mehr als 75 TCU in 16 US-Bundesstaaten.

<https://sites.ed.gov/whiaiane/tribes-tcus/tribal-colleges-and-universities/>

www.aihec.org/

Alaska Native-Serving Institution oder Native Hawaii-Serving Institution

www2.ed.gov/programs/idadesannh/awards.html

www2.ed.gov/about/offices/list/ocr/edlite-minorityinst-list-pg11-tab.html

www.hawaii.edu/tile-iii/programs/2016/09/native-hawaiian-serving-institutions/

Predominantly Black Institution

www2.ed.gov/programs/pbihea/awards.html

Asian American and Native American Pacific Islander-Serving Institution

www2.ed.gov/programs/aanapi/awards.html

Native American-Serving Nontribal Institution

www2.ed.gov/programs/nasnti/awards.html

National Association of Independent Colleges and Universities (NAICU)

www.naicu.edu

NAICU dient als die einheitliche Stimme für private, gemeinnützige Hochschulbildung in den USA.

e. Merkmale und Unterschiede von Hochschultypen

Laut U.S. Department of Education gibt es aktuell in den USA mehr als 4000 "Degree-granting"-Hochschulen. Davon vergeben 1.600 Institutionen Associate Degrees sowie 2.400 Institutionen Bachelor und weiterführende Hochschulabschlüsse. Mehr als 400 Institutionen bieten Promotionen an.

Rankings spielen in den USA eine wichtige Rolle, wenn es für Schüler (und deren Eltern) darum geht, die zukünftige Hochschule auszuwählen. Mittlerweile gibt es zahlreiche Rankings, die je nach Fokus teilweise stark voneinander abweichen (Vergleichspunkte sind zum Beispiel Lebensqualität, Ausstattung des Campus, Zahl der festangestellten Professoren, Forschungsergebnisse und Zahl der in einschlägigen Fachzeitschriften veröffentlichten Artikel). Die Rankings dienen jedoch nicht nur als wichtige Entscheidungsgrundlage für angehende Studierende, sondern auch als Informationsquelle innerhalb der Forschungsgemeinschaft.

Da die Rankings nicht von vergleichsweise unparteiischen öffentlichen Einrichtungen durchgeführt werden, sondern von privaten Organisationen, die damit häufig kommerzielle Interessen verbinden, wehren sich einige Universitäten bewusst gegen diese Ranglisten. Vor allem geht es bei der Kritik um die Methodenfrage. Die Kritiker fühlten sich zum Beispiel 2012 bestärkt, als öffentlich bekannt wurde, dass Universitäten Daten, welche für die Aufstellung der Rankings maßgeblich waren, manipuliert hatten.

Für deutsche und andere internationale Hochschulangehörige, die sich der einschlägigen Ranglisten bedienen wollen, um sich vorab über mögliche Kooperationspartner in den USA zu informieren, bedeutet dies zwangsläufig, dass sie mehrere Listen miteinander abgleichen müssen. Gleiches gilt für deutsche Studierende, die sich für ein Auslandsstudium in den USA interessieren.

Auf folgenden Webseiten können Interessenten amerikanische Hochschulen nach Typ und Niveau vergleichen: www.petersons.com und www.collegeboard.com.

Beispiele für einschlägige Rankings in den USA sind:

- Barron's Profile of American Colleges
- The Fisk Guides
- Forbes University Ranking
- The Princeton Review
- Times Higher Education Ranking
- U.S. News and World Report

Quellen:

- [U.S. Network for Education Information – Institutions & Programs](#)
- [U.S. News college rankings: Amid predictability, some major shifts \(2014\)](#)
- [Your Annual Reminder to Ignore the U.S. News & World Report College Rankings \(2013\)](#)
- [The College Rankings Racket \(2012\)](#)
- [Gaming the College Rankings \(2012\)](#)

Das Hochschulwesen der USA lässt sich in vier Bereiche gliedern:

Staatlich – Dieser Hochschultyp reicht von regionalen staatlichen Universitäten bis hin zu großen Forschungseinrichtungen. Laut einer Analyse des Pew Charitable Trusts von 2015 setzte sich im Haushaltsjahr 2013 das Budget der staatlichen Colleges und Universitäten durchschnittlich wie folgt zusammen: 21 Prozent vom jeweiligen Bundesstaat; 15 Prozent von der Bundesregierung; 21 Prozent Studiengebühren; 21 Prozent aus dem operativen Geschäft (z.B. Wohnheime); 8 Prozent Spenden und Stiftungseinkommen; 8 Prozent Sonstiges; 4 Prozent kommunale Einnahmen.

Community Colleges – Diese öffentlichen Einrichtungen bieten zweijährige Studiengänge an, welche zu einem sogenannten Associate Degree führen. An Community Colleges studieren 45 Prozent aller Undergraduates in den USA, wobei die meisten aus Haushalten mit geringem Einkommen stammen. Laut der American Association of Community Colleges werden die meisten Abschlüsse an Community Colleges in den Geisteswissenschaften bzw. "General Studies", Wirtschaftsmanagement, Krankenpflege, Ingenieurwissenschaften und Computerwissenschaften vergeben. Besonders hervorzuheben ist, dass die Studierendenschaft an den Community Colleges immer vielfältiger wird (internationale Studierende eingeschlossen), da viele Studierende aufgrund der hohen Studienkosten ihr Studium an einem vergleichsweise günstigen Community College beginnen und nach einigen Semestern an eine Hochschule mit vierjährigen Studiengängen wechseln. Viele Hochschulen haben inzwischen auf diesen Trend reagiert und Partnerschaften mit bestimmten Community Colleges etabliert. In 23 Staaten können Community Colleges auch Bachelor-Abschlüsse erteilen.

Privat (non profit) – Diese reichen von kleinen Liberal Arts Colleges ab circa 1.000 Studierenden bis zu den großen, namhaften Forschungsuniversitäten wie Stanford oder Harvard, die sich in der Regel durch teils erhebliche Stiftungsvermögen, Spenden sowie sehr hohe Studiengebühren finanzieren. Aufgrund der größeren finanziellen Unabhängigkeit sind die privaten, nicht gewinnorientierten Universitäten diejenigen mit der größten Autonomie. Sie erhalten keinerlei bundesstaatliche Grundförderung und können daher weitgehend eigenständig über Curriculum und Budgetverteilung entscheiden.

Privat (for profit) – Die gewinnorientierten Privathochschulen gelten als wenig selektiv und haben teilweise einen schlechten Ruf bezüglich der Qualität ihrer Ausbildung. Interessant ist, dass an diesen Hochschulen zwar nur zwölf Prozent aller Studierenden eingeschrieben sind, diese aber fast ein Viertel aller Pell Grants (staatliche Förderung für bedürftige Studierende) erhalten. Dies führt im Ergebnis dazu, dass 285 dieser profitorientierten Einrichtungen mehr als 85 Prozent ihres Budgets indirekt aus Quellen der Bundesregierung beziehen, da Pell Grants vornehmlich für Studiengebühren ausgegeben werden.

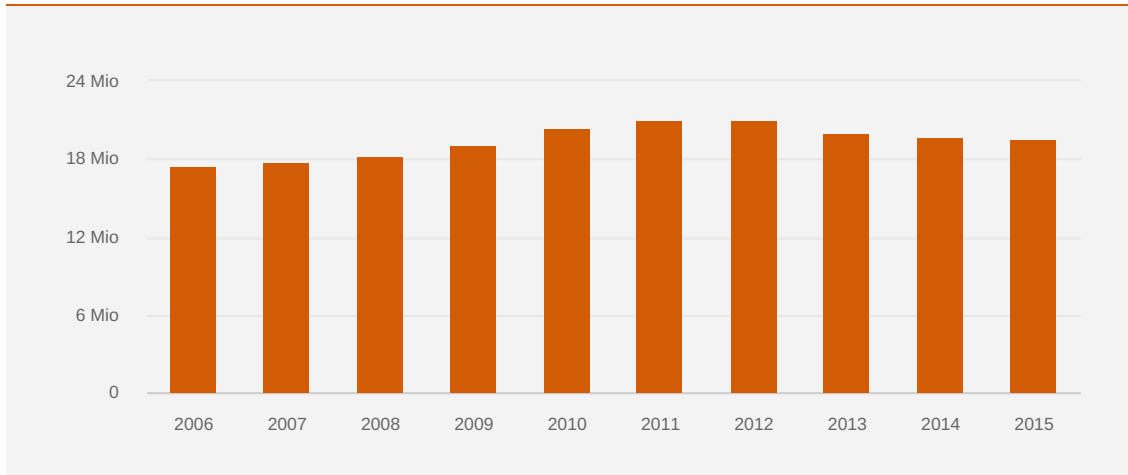
Quellen:

- [U.S. Department of Education: Community College Facts at a Glance](#)

- [Community colleges expanded role into awarding bachelor's degrees \(2015\)](#)

f. Aufbau und Struktur des Studiensystems

Diagramm 8: Anzahl der eingeschriebenen Studierenden



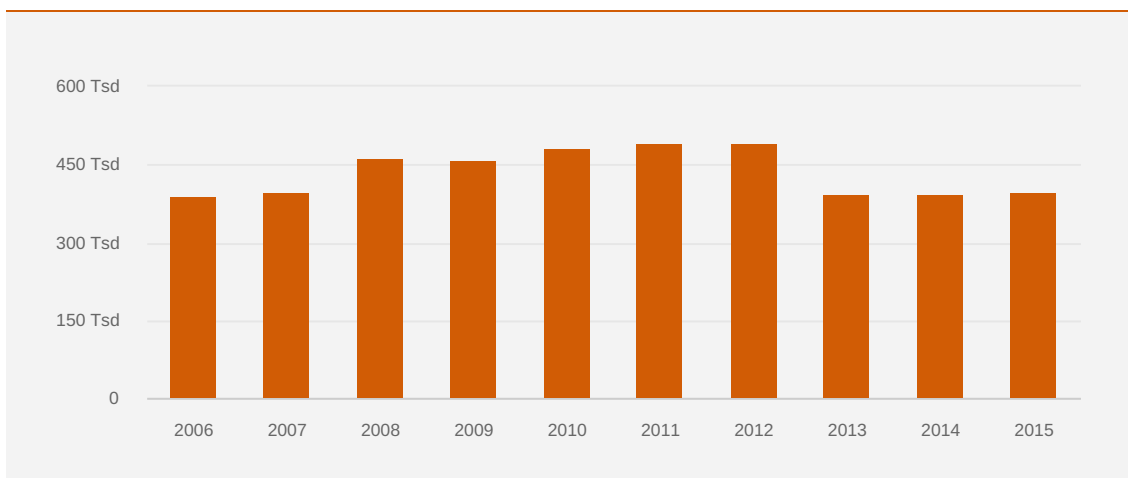
Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 11: Anzahl der eingeschriebenen Studierenden

USA/Vereinigte Staaten (2015)	19.531.727
Im Vergleich: Deutschland (2015)	2.757.799

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics \(USA/Vereinigte Staaten\)](#), [Statistisches Bundesamt, Genesis-Online \(Deutschland\)](#)

Diagramm 9: Anzahl der Doktoranden



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 12: **Anzahl der Doktoranden**

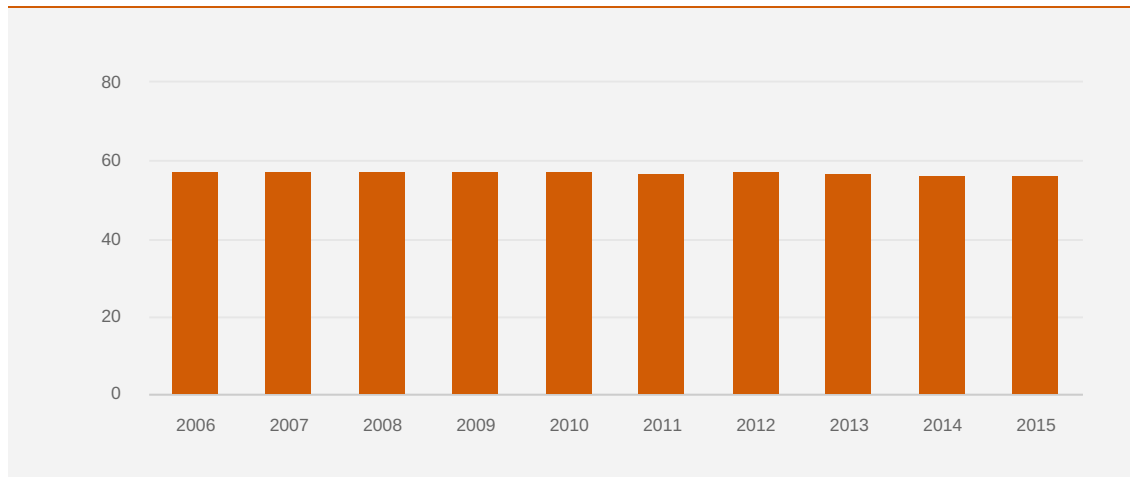
USA/Vereinigte Staaten (2015) **394.963**

Im Vergleich: Deutschland (2015) **196.200**

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Diagramm 10: **Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)**

in Prozent



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 13: **Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)**

in Prozent

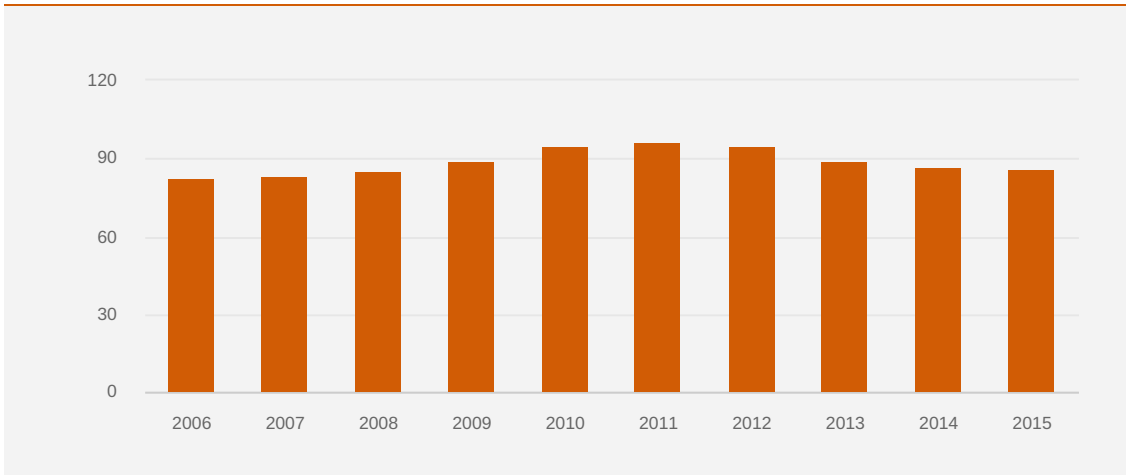
USA/Vereinigte Staaten (2015) **56,24**

Im Vergleich: Deutschland (2015) **48,00**

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics \(USA/Vereinigte Staaten\)](#), [Statistisches Bundesamt, Genesis-Online \(Deutschland\)](#)

Diagramm 11: **Studierendenquote (gross enrolment ratio, tertiary)**

in Prozent



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 14: **Studierendenquote (gross enrolment ratio, tertiary)**

in Prozent

USA/Vereinigte Staaten (2015)	85,80
Im Vergleich: Deutschland (2015)	68,27

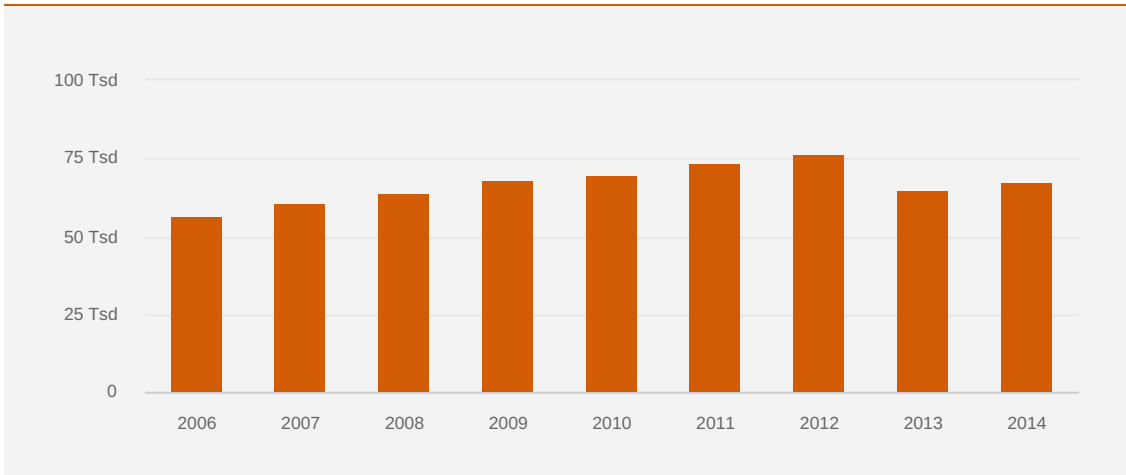
Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 15: **Absolventen BA und MA**

USA/Vereinigte Staaten (2014)	2.742.161
Im Vergleich: Deutschland (2014)	326.316

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics \(USA/Vereinigte Staaten\)](#), [Statistisches Bundesamt \(Deutschland\)](#)

Diagramm 12: Absolventen PhD



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 16: Absolventen PhD

USA/Vereinigte Staaten (2014)	67.449
Im Vergleich: Deutschland (2014)	28.147

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Laut National Center for Educational Statistics waren im Herbst 2017 rund 20,4 Millionen Studierende in den USA an einem College oder einer Universität eingeschrieben. Die Zahl der Studentinnen übersteigt die ihrer männlichen Kommilitonen deutlich: 11,5 Millionen im Vergleich zu 8,9 Millionen. Geschätzte 7 Millionen Studierende besuchen zweijährige Community Colleges, 13,4 Millionen dagegen vierjährige Colleges. Circa 17,5 Millionen sind als Undergraduates eingeschrieben, etwa 3 Millionen für ein weiterführendes Studium. Mehr Studierende als zuvor studieren Vollzeit anstelle von Teilzeit (12,6 Millionen im Vergleich zu 7,8 Millionen). Es wird erwartet, dass im akademischen Jahr 2017/2018 etwa 1,9 Millionen Associate Degrees, 1,9 Millionen Bachelor-Abschlüsse, 790.000 Master und 179.000 PhDs verliehen werden.

Ein stetiger Aufwärtstrend ist zu beobachten bei den Einschreibungszahlen von Schwarzen und Latinos: Zwischen 2000 und 2015 stieg die Anzahl von schwarzen Studierenden von 11,7 auf 14,1 Prozent. Ein noch größeres Wachstum ist bei den hispanischen Studierenden zu beobachten. Hier stieg die Anzahl der Studierenden fast auf das Doppelte von 9,9 auf 17,3 Prozent.

2015 nahmen fast 69,2 Prozent der High-School-Abgänger Studien im tertiären Bildungssektor auf. Diese hohe Quote der Studierenden ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass es im Unterschied zu Deutschland keine berufliche Ausbildung gibt – ein großes Manko im US-amerikanischen Bildungssystem, das zu einem eklatanten Mangel an Facharbeitern und damit zu großen Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung führt, gerade in der Industrie (vergleiche hierzu auch die "Skills Initiative" der Deutschen Botschaft in Washington, DC). Zudem liegt der vermeintlich einzige Weg, im späteren Leben ein attraktives Gehalt zu erzielen, im Besuch eines Colleges oder einer Universität. Die Zahlen sprechen für sich: Durchschnittlich verdiente ein Arbeitnehmer im ersten Quartal 2018 wöchentlich 1.286 US-Dollar, sofern er mindestens einen Bachelor-Abschluss vorweisen konnte, verglichen mit 713 US-Dollar Gehalt eines Arbeiters mit High-School-Abschluss und 563 US-Dollar ohne High-School-Abschluss. Weitere entscheidende Faktoren beim Gehalt sind

das Geschlecht und die ethnische Herkunft: Es ist leider wenig überraschend, dass weiße, männliche Arbeitskräfte am meisten verdienen und Frauen, die den ethnischen Minderheiten zuzurechnen sind, am wenigsten. Laut U.S. Department of Labor liegt die Arbeitslosenquote aktuell bei geringen 3,9 Prozent (Stand Mai 2018). Bei denjenigen, die mindestens einen Bachelor-Abschluss vorweisen können, lag die Arbeitslosenquote mit 2,7 Prozent sogar noch unter dem nationalen Durchschnitt.

Quellen:

- www.bls.gov/news.release/pdf/wkyeng.pdf
- <http://collegiateway.org/reading/yale-report-1828/>
- https://en.wikipedia.org/wiki/History_of_higher_education_in_the_US
- <https://nces.ed.gov/fastfacts/display.asp?id=372>
- [Skills_Initiative_pdf](#)

Laut National Center for Educational Statistics hatten etwa 59 Prozent der Studenten, die sich 2009 als Vollzeit-Studierende in einem Bachelorstudiengang eingeschrieben hatten, nach sechs Jahren ihr Studium beendet. Die Abschlussrate innerhalb der Regelstudienzeit von vier Jahren lag insgesamt bei knapp 40 Prozent. Absolventinnen schlossen ihr Studium eher in vier Jahren ab (44,2 Prozent) als ihre männlichen Kommilitonen (34,7 Prozent), wenn man die Abschlüsse an allen Institutionen zusammen fasst. Aufgeschlüsselt nach Art der Institution gibt es allerdings deutliche Unterschiede in der Abschlussrate innerhalb der Regelstudienzeit. Bei den Non-Profit-Hochschulen mit vierjährigen Studiengängen lag die Abschlussrate bei Studierenden mit 53 Prozent insgesamt am Höchsten, bei den öffentlichen Hochschulen lag sie bei 34,8 Prozent. Sehr niedrig war die Abschlussrate bei profitorientierten Hochschulen, nämlich 13,9 Prozent. Lediglich bei den privaten For-Profit-Hochschulen lag der Anteil männlicher Absolventen nach vier Jahren etwas höher als der der Frauen (17 Prozent zu 11 Prozent), wobei hier bei beiden Geschlechtern ein stetiger Rückgang der Abschlussrate zu beobachten ist.

Grundsätzlich verwundert es nicht, dass die Absolventenquoten bei den Hochschulen am höchsten sind, die schon bei Auswahl und Aufnahme ihrer Studierenden extrem hohe Qualitätsstandards anlegen, also vor allem bei den forschungsstarken öffentlichen und privaten Universitäten. Laut National Center for Educational Statistics beenden bei den wenig wählerischen For-Profit-Institutionen nur etwa 32 Prozent der Studierenden das Grundstudium innerhalb von sechs Jahren, während bei Hochschulen mit einer Zulassungsquote von weniger als einem Viertel 88 Prozent der Studienanfänger innerhalb von sechs Jahren ihr Grundstudium abschließen. Die Ursachen für die Abbruchquoten – laut The Chronicle of Higher Education die höchsten in einem Industrieland – sind vielfältig. Mangelnde Qualitätsstandards und weiterhin steigende Gebühren sind zwei wichtige Gründe.

In einer vom National Center for Educational Statistics veröffentlichten Studie zeigen die Autoren, dass zwischen 2003/2004 und 2013/2014 ein deutlicher Zuwachs an Abschlüssen auf allen akademischen Stufen zu verzeichnen war, insbesondere für Associate- und Master-Abschlüsse. Dieser Trend ist weiterhin steigend.

- Associate-Abschluss (2-Jahresabschluss):
51 Prozent Zuwachs (von 665.000 auf eine Million)
- Bachelor-Abschluss (4-Jahresabschluss):
34 Prozent Zuwachs (von 1,4 auf 1,9 Millionen)
- Master-Abschluss (2-Jahresabschluss):
34 Prozent Zuwachs (von 564.000 auf 754.000)
- PhD-Abschluss:
41 Prozent Zuwachs (von 126.000 auf 178.000)

Vor allem Studierende mit hispanischen, afro-amerikanischen und asiatischen Wurzeln schließen zunehmend erfolgreich ihr Studium ab. Bei den Associate-Abschlüssen für Hispanics hat sich die Abschlussrate zwischen 2003/2004 und 2013/2014 mehr als verdoppelt bei einem Anstieg von 131 Prozent (von 72.300 auf 167.100), bei Afroamerikanern gab es ebenfalls einen nennenswerten Anstieg um 66 Prozent (von 81.200 auf 134.500) und bei Asiaten um 52 Prozent (von 33.100 auf

50.300). Ein ebenso deutlicher Anstieg innerhalb von 30 Jahren ist auch bei den Bachelor-Abschlüssen zu beobachten von 1976/1977 bis 2015/2016: Bei den Hispanics stiegen die Abschlüsse von 18.743 auf 235.014, bei Afroamerikanern von 58.636 auf 194.473 und bei Asiaten von 13.793 auf 138.270. Die zunehmende Abschlussquote von 1976/1977 bis 2015/2016 von hispanischen, afro-amerikanischen und asiatischen Studierenden setzt sich auch bei den Masterabschlüssen fort: Bei den Hispanics stieg die Abschlusszahl von 6.136 auf 62.946, bei Afroamerikanern von 21.252 auf 88.817 und bei Asiaten von 5.127 auf 45.917. Im Zeitraum von 1976-2016 wurde eine Zunahme an Promotionsabschlüssen bei Afroamerikanern von 3.575 auf 13.365, bei Latinos von 1.533 auf 13.365 und bei Asiaten von 1.674 auf 19.580 verzeichnet.

Quellen:

- <https://nces.ed.gov>
- <https://nces.ed.gov/programs/digest>
- <https://nces.ed.gov/fastfacts/display.asp?id=72>
- https://nces.ed.gov/programs/digest/d17/tables/dt17_322.20.asp
- https://nces.ed.gov/programs/digest/d17/tables/dt17_323.20.asp
- https://nces.ed.gov/programs/digest/d17/tables/dt17_324.20.asp
- <https://nces.ed.gov/pubs2014/2014051.pdf>
- <http://chronicle.com/Should-Everyone-Go-to-College-/236316>

In den USA können folgende Abschlüsse (in aufsteigender Reihenfolge) erworben werden: Associate Degree, Bachelor Degree (in der Regel vierjährig), Master Degree (in der Regel zweijährig) sowie ein PhD, der dem Dokortitel vergleichbar ist. Während die drei letztgenannten Abschlüsse mit denen in Deutschland und Europa weitgehend vergleichbar sind, stellt der Associate Degree eine Besonderheit dar. Es kann an den überwiegend berufsorientierten Community Colleges innerhalb von vier Semestern erworben werden und erfordert 60-120 Semester-Credits. Die zweijährigen Ausbildungsgänge führen entweder zu einem Associate in Arts/Science (AA/AS) (allgemeinbildender Schwerpunkt) oder zu einem Associate of Applied Science (AAS) (beruflicher Schwerpunkt). Absolventen mit einem AA oder AS können anschließend an eine der Universitäten oder Colleges mit vierjährigen Programmen wechseln und dort weiterführende Kurse besuchen, um schließlich einen Bachelor-Abschluss zu erwerben. Laut einer Studie von 'Community College Survey of Student Engagement' streben zwei Drittel der Absolventen von Community Colleges einen Bachelor an. Laut US Department of Education besuchen 7 Millionen Studierende zweijährige Community Colleges, 13,4 Millionen dagegen vierjährige Colleges. Circa 17,5 Millionen sind als Undergraduates eingeschrieben, etwa 3 Millionen für ein weiterführendes Studium. Angesichts der steigenden Studiengebühren an vierjährigen Hochschulen wählen immer mehr Studierende für die ersten zwei Jahre einen Studiengang an einem der deutlich günstigeren Community Colleges. Umgekehrt rekrutieren laut LA-Times immer mehr Universitäten Absolventen von den Community Colleges, da sie um eine Diversifizierung ihrer Studierendenschaft bemüht sind und Studierende aus unterrepräsentierten Schichten einen Zugang zu den renommierten Bildungsinstitutionen ermöglichen wollen.

Medizinische und juristische Studiengänge können als weiterführende Studiengänge an einer Medical School oder Law School belegt werden.

In den USA gibt es unterschiedliche Modelle, das akademische Jahr zu unterteilen. Am weitesten verbreitet ist das Semestermodell von September bis Anfang Mai, das etwa 70 Prozent der Hochschulen nutzen. Die Semester dauern in der Regel 16 bis 18 Wochen und sind nur von einer kurzen Winterpause unterbrochen. Die restlichen Hochschulen richten sich nach einem Trimester- oder Quartals-System mit Laufzeiten von 10 bis 12 Wochen; hier endet das Hochschuljahr meist Mitte Juni.

Laut 'Inside Higher Ed' gehen immer mehr Hochschulen auf das Semestersystem über, um eine zeitliche Einheitlichkeit zwischen High-Schools, Community Colleges und Hochschulen zu schaffen. Dies erleichtert den Studierenden den Wechsel von und zu anderen Institutionen und bietet ihnen zudem mehr Möglichkeiten, Praktika durchzuführen oder in den Semesterferien zu arbeiten.

Quellen:

- https://nces.ed.gov/programs/digest/d14/tables/dt14_303.25.asp
- https://nces.ed.gov/programs/digest/d15/tables/dt15_318.10.asp
- www.insidehighered.com/colleges-increasingly-switching-quarters-semesters
- www.latimes.com/local/la-me-college-transfers-20140422-story.html

Generell gibt es zwei Hauptkategorien für einen Bachelor-Abschluss, den Bachelor of Arts (BA) und den Bachelor of Science (BS). Jedoch gibt es für verschiedene Fachrichtungen zudem gesonderte Bezeichnungen, zum Beispiel Bachelor of Computer Science (B.C.S.) oder Bachelor of Education (B.Ed.). Eine umfangreiche Liste kann auf der Website des U.S. Department of Education eingesehen werden. Der Master-Abschluss wird ebenfalls in zwei Hauptkategorien unterteilt, Master of Arts (MA) und Master of Science (MS). Zusätzlich werden auch hier fachspezifische Titel vergeben wie zum Beispiel Master of Business Administration (M.B.A.) oder Master of Education (M.Ed.).

Die zwei am häufigsten gebrauchten Doktorabschlüsse sind der Doktor der Philosophie (PhD) sowie der Doktor der Medizin (MD). Zusätzlich gibt es fachspezifische Dokortitel wie zum Beispiel Doctor of Business Administration (D.B.A.) oder Doctor of Education (Ed.D.).

Studierende können zusätzlich zu ihrem Bachelor- und Master-Abschluss Zertifikate erwerben, die besondere Fähigkeiten und Kenntnisse nachweisen. Zum Beispiel können Studierende auf diese Weise eine Zertifizierung als Lehrer erhalten, die für die Anstellung an öffentlichen Schulen Voraussetzung ist.

Die aktuelle gesamtstaatliche Arbeitslosenquote liegt laut U.S. Department of Labor bei 3,9 Prozent (Stand Mai 2018). Bricht man die OECD-Arbeitslosenstatistik von 2016 jedoch nach Bildungsabschlüssen herunter, zeigt sich ein erschreckendes Bild: Wie zu erwarten, ist die Arbeitslosenquote gerade bei denjenigen besonders hoch, die die High-School nicht beendet haben (8,1 Prozent). US-Bürger mit High-School-Abschluss waren zu 5,7 Prozent arbeitslos. Bei denjenigen, die mindestens einen Bachelor-Abschluss vorweisen können, lag die Arbeitslosenquote mit 2,7 Prozent dagegen unter dem nationalen Durchschnitt.

Absolventen aus den MINT- oder medizinischen Fächern haben laut 'U.S. News Careers' sehr gute Berufsaussichten. Diese verbessern sich weiter, wenn der Absolvent oder die Absolventin zudem Berufserfahrung nachweisen kann und bereits während des Studiums Kontakte zu einem möglichen Arbeitgeber geknüpft hat. Laut 'U.S. Department of Labor' liegen bis 2024 die am stärksten wachsenden Berufsfelder im Bereich der medizinischen Versorgung sowie der häuslichen Pflege von Alten und Kranken.

Die Plattform Indeed.com für Arbeitssuchende veröffentlichte eine Studie zu Karrierechancen in der Zukunft, in der sie aufzeigen, dass 92 Prozent aller Berufe mit einem Einkommen über 57.700 US-Dollar nur über eine kleine Anzahl von Studienfächern zu erreichen ist: Informatik, Ingenieurwissenschaften, Architektur, Wirtschaftsmanagement und Finanzwesen sowie Gesundheitswissenschaften und verwandte Abschlüsse.

Auch wenn die offizielle Arbeitslosenquote derzeit sehr niedrig ist, ist die Art der Beschäftigung bei Hochschulabsolventen besorgniserregend. Die Federal Reserve Bank of New York gibt für das erste Quartal 2018 an, dass Hochschulabsolventen, die gerade ihren Abschluss erworben haben, zu etwa 42 Prozent unterbeschäftigt sind. Bei allen Hochschulabsolventen zusammengenommen bietet sich ein besseres Bild, jedoch sind auch hier immer noch 34 Prozent der Arbeitnehmer unterbeschäftigt.

Quellen:

- www.dol.gov/
- <https://data.oecd.org>
- www.bls.gov/news.release/pdf/empisit.pdf

- www.epi.org/publication/the-class-of-2015/
- www.forbes.com/what-to-study-in-college-to-score-the-jobs-of-the-future
- www.newyorkfed.org/research/college-labor-market

Studierende können sich nach einem erfolgreichen Bachelor- oder Master-Abschluss für ein strukturiertes Graduiertenprogramm bewerben. Laut National Science Foundation beträgt die durchschnittliche Dauer für eine Promotion nach dem Bachelor acht bis zehn Jahre. Im Rahmen der Graduiertenschule besuchen die Studierenden verschiedene Pflichtseminare und Kolloquien. Für die Dissertation selbst wählt der Doktorand / die Doktorandin einen Mentor / eine Mentorin sowie ein Promotionskomitee, welches aus zwei bis fünf Professoren besteht, oftmals mit einem Mitglied aus einem anderen Fachbereich oder von einer anderen Universität. Das Komitee bestätigt das Dissertationsthema und berät den Kandidaten / die Kandidatin während des Forschungs- und Schreibprozesses. Der Dokortitel wird nach der mündlichen Verteidigung der Arbeit erteilt. Die Arbeit wird über einen universitätsinternen Publikationsservice veröffentlicht und der akademischen Community in der Universitätsbibliothek als gedruckte und elektronische Ausgabe zur Verfügung gestellt.

g. Hochschulzugang

Community bzw. Junior Colleges, bei denen Studierende einen Associate Degree in Arts/Science (AA/AS) mit allgemeinbildendem Schwerpunkt bzw. einen Associate Degree of Applied Science (AAS) mit beruflichem Schwerpunkt erwerben können, nehmen prinzipiell jeden Anwärter mit einem High School-Diplom oder General Educational Development-Abschluss (GED) auf (letzteres für diejenigen, die die High School nicht beendet haben). Einige Colleges fordern zusätzlich den Scholastic Aptitude Test (SAT) oder das Punkteergebnis des American College Testing (ACT).

Für Bachelor-Kurse müssen sich Schüler bereits im Winter ihres letzten Schuljahres an ihren Wunschuniversitäten bewerben. Teile des Bewerbungsportfolios sind Zeugnisse, ACT- oder SAT-Ergebnisse, Empfehlungsschreiben und persönliche Essays. Universitäten akzeptieren in den meisten Fällen sowohl den ACT als auch den SAT. Schüler können auch eine Kombination der Testergebnisse einreichen, so dass bei der Bewerbung die besten Ergebnisse von den Universitäten berücksichtigt werden. Ausschlaggebend für den Erfolg eines Bewerbers sind neben einem guten Notendurchschnitt (GPA, Grade Point Average) sowie sehr guten Testergebnissen auch das Engagement in außerschulischen Aktivitäten.

Advanced Placement-Tests (AP) ermöglichen es High School-Schülern, Kenntnisse auf Hochschulniveau zu erwerben und diese von Universitäten anrechnen zu lassen, was unter Umständen zu einer höheren Einstufung im Bewerbungsverfahren führen kann.

Die Bewerbungsunterlagen für ein Masterprogramm umfassen einen Bachelorabschluss, einen Essay, zwei bis drei Empfehlungsschreiben, einen Lebenslauf (fachabhängig) und hohe Punktzahlen bei einem standardisierten Test. Der Graduate Record Examination-Test (GRE) ist der für eine Vielzahl von Fachrichtungen standardisierte Eignungstest. Für folgende Fachbereiche gibt es neben dem allgemeinen GRE auch zusätzlich notwendige fachgebundene GRE-Tests: Biochemie, Biologie, Chemie, englische Literatur, Mathematik, Physik und Psychologie. Weitere fachgebundene Tests sind: Graduate Management Admission Test (GMAT) für Wirtschaftswissenschaften, Law School Admission Test (LSAT) für Rechtswissenschaften und Medical College Admission Test (MCAT) für Medizin. Die Bewerbung für einen Masterstudiengang ist nicht unbedingt abhängig von einem Bachelorabschluss im selben Fachbereich. Fehlende Qualifikationen können beispielsweise in Vorbereitungsseminaren während des Sommers erworben werden, aber auch praktische Arbeitserfahrung kann angerechnet werden.

Die Bewerbung für ein Doktorandenprogramm umfasst neben den Anforderungen für eine Masterbewerbung zusätzlich Informationen zu bereits durchgeführter Forschung und einen Essay über die angestrebte Forschungsarbeit. Wenn an Universitäten sowohl ein Master- als auch ein Doktorabschluss in einem Fachbereich angeboten wird, werden Studierende nach dem

Bachelorabschluss in ein Graduiertenprogramm aufgenommen, bei dem der Masterabschluss als Teil des Doktorprogramms erworben, nicht aber als gesonderter Abschluss begriffen wird. Der gesonderte Masterabschluss wird nur an diejenigen Studierenden vergeben, die das Graduiertenprogramm frühzeitig vor Abschluss der Promotion abbrechen.

Zulassungsvoraussetzungen für Ausländer:

Prinzipiell gelten die gleichen Bewerbungsanforderungen für ausländische Bewerber wie für High School-Absolventen aus den USA. Ausländische Studierende müssen ihren Schulabschluss von einem anerkannten Service begutachten lassen. Anerkannte Institutionen zu diesem Zweck sind beispielsweise: Education Research Foundation, Inc. (IERF), Advanced Evaluation Services, World Education Service (WES) oder Educational Credential Evaluators, and Inc. (ECE).

Bewerber, die ihren Schulabschluss nicht in einem englischsprachigen Land erworben haben, müssen mit dem TOEFL-Test (Test of English as a Foreign Language) ausreichende Englischkenntnisse nachweisen. Der TOEFL-Test wird von der Agentur Educational Testing Service (ETS) durchgeführt. Studierende müssen durchschnittlich mindestens 80 Punkte erreichen, um an einer Universität aufgenommen zu werden, wobei jede Universität die Mindestpunktzahl festlegt und zusätzlich Minimalwerte je nach Fachrichtung erreicht werden müssen.

Anerkennung von ausländischen Studienleistungen:

Eine mit der Kultusministerkonferenz in Deutschland vergleichbare Anerkennungsstelle gibt es in den USA nicht. Die Anerkennung von Studienleistungen wird prinzipiell von den einzelnen Universitäten entschieden. Allerdings gibt es eine freiwillige, gemeinnützige Vereinigung namens American Association of Collegiate Registrars and Admissions Officers (AACRAO) mit mehr als 11.000 Hochschulvertretern. Die Aufgaben dieser Vereinigung umfassen die fachliche Weiterbildung sowie Ausarbeitung von allgemeingültigen Richtlinien und Standards, nach denen sich die Hochschulen zum Beispiel im Zulassungsprozess richten. AACRAO vertritt das gesamte Spektrum von Hochschulen, von den großen öffentlichen Universitäten bis zu kleinen, privaten Colleges.

Die Abschlüsse nach der Bologna-Reform werden grundsätzlich von den amerikanischen Universitäten anerkannt. Alte Abschlüsse wie beispielsweise der Magister werden von zahlreichen Universitäten nur einem Bachelorabschluss gleichgestellt, da vergleichsweise weniger Kursstunden für das Erlangen dieses Abschlusses notwendig sind. Aktuelle Bachelor- und Masterabschlüsse sind den amerikanischen Abschlüssen jedoch gleichgestellt. ECTS-Punkte werden an den meisten amerikanischen Universitäten in einem Verhältnis von 2:1 umgerechnet. Ein Beispiel: 6 ECTS entsprechen dann 3 US Semester Credits.

h. Der Lehrkörper

In den USA waren 2016 insgesamt 1.548.732 Lehrkräfte an Hochschulen (Community Colleges, Colleges, Universitäten) angestellt, wovon 815.760 einer Vollbeschäftigung und 732.972 einer Teilzeitbeschäftigung nachgingen. Von den Vollzeitangestellten waren 182.924 "Professors", 157.820 "Associate Professors", 176.347 "Assistant Professors"; 100.789 "Instructors"; 42.150 "Lecturers" sowie 155.730 andere Fakultätsangestellte. Insgesamt entfielen 441.430 Vollzeitstellen auf männliche und 374.330 auf weibliche Lehrkräfte. Von den 815.760 Vollbeschäftigten identifizierten sich 575.294 als Weiße, 79.497 als Asiaten, 44.553 als Schwarze und 37.513 als Hispanic.

Professorinnen und Professoren in den USA haben fast immer einen Dokortitel. Ausgenommen hiervon sind bestimmte Bereiche (Recht, Wirtschaft, Kunst), wo ein Master- oder LL.M.-Titel als höchster akademischer Grad für eine Professorenstelle akzeptiert wird. An Community Colleges ist ein PhD oft nicht erforderlich.

An zahlreichen Universitäten lehren "Adjunct Professors", die über Kurzzeitverträge mit geringerer Entlohnung und weniger Zusatzleistungen wie beispielsweise Krankenversicherung angestellt werden. Oftmals können diese "Adjunct Professors" nur durch mehrere Jobs ihren Lebensunterhalt bestreiten.

Die Zusammensetzung der Fakultätsmitglieder im Hochschulwesen der USA hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. "Tenure-track"-Stellen und Professuren mit "Tenure" gibt es immer weniger. Die Hochschulen begründen dies damit, dass sie aufgrund von sinkender staatlicher Förderung Einsparungen vornehmen müssen. Diejenigen, die eine begehrte "Tenure-track"-Stelle haben, leiden unter Leistungsdruck, da die anschließende Festanstellung nicht mehr garantiert ist. Dies wirkt sich zudem negativ auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus, so dass viele talentierte Nachwuchswissenschaftler/innen sich nach anderen Berufswegen umsehen oder in "Non-tenure-track"-Anstellungsverhältnissen arbeiten.

Quellen:

- [Chronicle of Higher Education \(21.8.2015\)](#)
- <https://nces.ed.gov> – [Number of faculty in degree-granting postsecondary institutions](#)
- www.wissenschaftsmanagement.de – ["Working poor" in Academia \(28.4.2015\)](#)

i. Akademische Schwerpunkte

Für einen Bachelorabschluss waren die beliebtesten Fächer im Jahr 2014/15 (aktuellste Daten) laut National Center for Educational Statistics: Betriebswirtschaftslehre (363.799); Gesundheitswissenschaften (216.228); Sozialwissenschaften und Geschichte (166.944) und Psychologie (117.557). Lagen im Jahr 2013/2014 noch Erziehungswissenschaften auf Rang fünf und Ingenieurwissenschaften auf Platz sechs, so haben die Fächer im Folgejahr die Plätze getauscht mit 97.858 Abschlüssen in Ingenieurwissenschaften und 91.623 in Erziehungswissenschaften. Die Gesundheitswissenschaften verzeichneten im Vergleich zum Jahrgang 2011/2012 (163.675) und 2013/2014 (198.777) erneut den größten Anstieg an vergebenen Abschlüssen. Wirtschaftswissenschaften sind noch immer das beliebteste Bachelor-Studienfach. Im Vergleich zu den beiden Vorjahren stieg die Summe der Abschlüsse in diesem Fach deutlich an, allerdings wurde bislang die Höchstzahl an Abschlüssen des akademischen Jahres 2011/2012 von 367.235 nicht erreicht. Die Erziehungswissenschaften haben mit circa 7.200 Abschlüssen weniger im Vergleich zum Vorjahr auch diesmal den größten Rückgang verzeichnet.

Bei den Masterabschlüssen bleibt die Betriebswirtschaftslehre das beliebteste Fach, jedoch verzeichnete es 2014/2015 mit 185.222 etwa 5.000 Absolventen weniger als im Vorjahr. Ein noch deutlicherer Rückgang wurde erneut für das aktuell noch auf Platz 2 rangierende Fach Erziehungswissenschaften verzeichnet, in dem 146.561 Abschlüsse vergeben wurden (Vergleich 2013/2014: 154.636 und 2012/2013: 164.624). Über die Gründe für diese Entwicklungen kann man nur spekulieren. Vermutlich spielen aber Aspekte wie schlechte Bezahlung der jungen Lehrer, wegfallende Förderung öffentlicher Schulen, oftmals schlechte Arbeitsbedingungen und eine generell fehlende Wertschätzung des Berufes eine Rolle. Die steigende Popularität der Gesundheitswissenschaften im grundständigen Studium zeigt sich auch auf der Ebene der Master-Studiengänge; hier schlossen erstmals mehr als 100.000 Studierende ihr Studium ab (genau 102.987).

Die Fächerverteilung bei Promotionen variiert. Hier zählte man erneut die meisten Abschlüsse in den Bereichen Gesundheitswesen/ klinische Wissenschaften (71.003; im Jahr 2013/2014: 67.448) sowie Rechtswissenschaften (40.329; im Jahr 2013/2014: 44.169). Es folgen die Erziehungswissenschaften (11.772; 2013/2014: 10.920), Ingenieurwissenschaften (10.239; 2013/14: 10.010) sowie Biologie und biomedizinische Wissenschaften (8.053; im Jahr 2013/2014: 8.302). Bei der Rechtswissenschaft, auch wenn sie nach wie vor das zweitbeliebteste Fach für eine Promotion bleibt, gab es mit mehr als 4.000 weniger Abschlüssen den größten Rückgang.

Laut 'Open Doors', herausgegeben vom International Institute of Education (IIE), studierten im Jahr 2015/2016 325.339 Studierende amerikanischer Hochschulen im Ausland, ein Anstieg von etwa 12.000. Die größte Gruppe stammte aus den MINT-Fächern (25 Prozent), gefolgt von den Studierenden aus den Wirtschaftswissenschaften (21 Prozent) und den Sozialwissenschaften (17 Prozent). Studierende aus den Sprachwissenschaften und dem Bereich International Studies machten 7 Prozent der auslandsmobilen Studierenden aus, gefolgt von den Kunstwissenschaften

mit 7 Prozent.

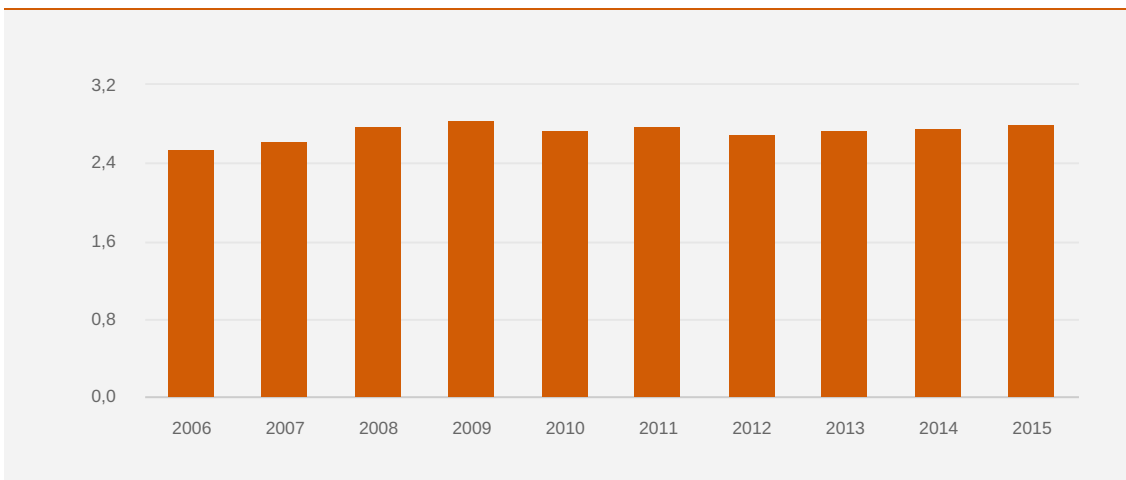
Quellen:

- https://nces.ed.gov/programs/digest/d16/tables/dt16_322.10.asp
- https://nces.ed.gov/programs/digest/d16/tables/dt16_323.10.asp
- https://nces.ed.gov/programs/digest/d16/tables/dt16_324.10.asp
- <https://www.iie.org/en/Research-and-Insights/Open-Doors/Data/US-Study-Abroad>
- http://stats.oecd.org/index.aspx?DatasetCode=EDU_ENRL_MOBILE#

j. Forschung

Diagramm 13: Anteil der Forschungsausgaben am BIP

in Prozent



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 17: Anteil der Forschungsausgaben am BIP

in Prozent

USA/Vereinigte Staaten (2015)	2,79
Im Vergleich: Deutschland (2015)	2,88

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 18: Anzahl der Patente in Naturwissenschaft und Technik (Residents)

USA/Vereinigte Staaten (2015)	288.335
Im Vergleich: Deutschland (2015)	47.384

Quelle: [The World Bank. World Development Indicators](#)

Kennzahl 19: Anzahl wissenschaftlicher Publikationen

USA/Vereinigte Staaten (2016)	601.990
Im Vergleich: Deutschland (2016)	164.242

Quelle: [SCImago Journal & Country Rank](#)**Kennzahl 20: Knowledge Economy Index (KEI)**

USA/Vereinigte Staaten (2012)	12
Im Vergleich: Deutschland (2012)	8

Quelle: [The World Bank. Knowledge Economy Index](#)

Die Gesamtlage der Hochschul- und Forschungslandschaft bietet eineinhalb Jahre nach Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Donald Trump ein komplexes und nicht einfach zu beschreibendes Bild, denn sie oszilliert zwischen eindeutigen Fakten und gefühlter Lage, die ihrerseits wiederum aus vielen kleineren tatsächlichen Ereignissen gespeist wird. Am Beispiel der Forschungsetats kann man diesen Gegensatz ganz gut verdeutlichen.

Nachdem das Weiße Haus – wie schon 2017 – für den aktuellen Haushalt 2018 teilweise wieder starke Kürzungen für die Forschungseinrichtungen und ebenso für die Unterstützung von Studierenden gefordert hatte, verabschiedete der Kongress schließlich ein Budget mit ganz anderen Vorzeichen. Im Rahmen der Zustimmung zur sogenannten "Omnibus Bill", bei der ein ganzes Paket von Maßnahmen zu Forschungsförderung und Student Aid in einem Schritt beschlossen wurde, stimmten die Abgeordneten für eine zweijährige Aufhebung der Ausgabenobergrenze und ebneten so den Weg für kräftige Zuwächse bei einigen Einrichtungen. Im Bereich der Forschungsförderung wurden dabei Mittel in erheblichem Umfang freigemacht, insgesamt beläuft sich die Steigerung auf satte 13 Prozent. Insgesamt sieht der verabschiedete Haushaltsplan Ausgaben von 176,8 Mrd. US-Dollar für Forschung und Entwicklung vor.

Allerdings gibt es starke Unterschiede bei den Zuwächsen der einzelnen Bereiche. Die National Science Foundation (NSF) beispielsweise erhielt nur 3,9 Prozent mehr, die National Institutes of Health (NIH) dagegen 8,7 Prozent. Die NASA kann sich über eine Mittelserhöhung von insgesamt 7,9 Prozent freuen, wobei unterschiedliche Bereiche unterschiedlich stark bedacht wurden. Und das ist genau einer der Punkte, an denen die gefühlte Realität durchscheint: Trotz der enormen Gesamtsteigerung des NASA-Budgets bleibt die Förderung des Programms NASA Earth Science auf dem Niveau von 2017.

Man könnte die "Omnibus-Bill" plakativ beschreiben, indem man sagt: Geld gibt es zuhauf, aber der Kampf gegen bestimmte wissenschaftliche Themen geht weiter. An dieser Stelle sei an den Moment erinnert, in dem Präsident Trump im Rosengarten des Weißen Hauses den Austritt der USA aus dem Pariser Klimaschutzabkommen verkündete – trotz strahlenden Sonnenscheins ein schwarzer Tag. Klimawandel, Umweltschutz, Gesundheitsstandards – all dies sind Themen, die die neue Regierung teilweise durch nur scheinbar weniger bedeutende Änderungen bei Regularien beeinflusst und damit möglicherweise auf Jahre – zumindest aus der Sicht einiger Wissenschaftler – großen Schaden anrichtet.

Nun zum Grundsätzlichen:

Forschung findet in den USA an den Hochschulen und an großen außeruniversitären Einrichtungen statt. Die Förderung der Grundlagenforschung erfolgt vor allem durch die National Science

Foundation (NSF), die National Institutes of Health (NIH), das Department of Education (DoE), die National Aeronautics and Space Administration (NASA), das Department of Defense (DoD) und das Department of Agriculture (DoA). Sie findet überwiegend in den Universitäten, den Instituten des NIH und den National Labs des DoE statt. Grundlagenforschung wurde über Jahrzehnte zum Großteil von der Bundesregierung finanziert. Neuere Daten der National Science Foundation zeigen allerdings, dass die goldene Zeit der 1960er und 1970er Jahre, in denen die Bundesregierung bis zu 70 Prozent der Kosten übernehmen konnte, endgültig vorbei sind. Im Jahr 2015 wurde die Grundlagenforschung nur noch zu 44 Prozent aus föderalen Geldern finanziert. Das bedeutet, dass weitere Summen zunehmend aus Eigenmitteln der Hochschulen (von Stiftungen und privaten Sponsoren bzw. von der Wirtschaft und Non-Profit- Organisationen) bereitgestellt werden müssen.

Die NSF ist eine unabhängige Einrichtung, deren Aufgabe die finanzielle Unterstützung von Forschung und Bildung auf allen Feldern der Wissenschaften mit Ausnahme der Medizin ist. Die NSF finanziert etwa 24 Prozent der gesamten Grundlagenforschung an staatlichen Universitäten und Colleges. Im Jahr 2017 bewilligte die NSF 11.000 neue Programmförderanträge; 2.000 Colleges, Universitäten und Institutionen erhielten Förderung der NSF. 2017 wurden insgesamt 359.000 Individuen über die NSF unterstützt. Die Förderung wird in einem Peer-Review-Verfahren (vergleichbar dem der DFG) vor allem an individuelle Forscher und kleinere Forschungsgruppen vergeben. Mehr als 223 Nobelpreisträger haben im Laufe ihrer Karriere Projektförderung durch die NSF erhalten. Zudem unterstützt die NSF herausragende Forschungsprojekte mit der Finanzierung von großen beziehungsweise sehr teuren Geräten in allen Forschungsbereichen.

Der NSF-Anteil an den Fördermitteln für die Grundlagenforschung (gemessen an der gesamten föderalen Unterstützung) liegt in ausgewählten Disziplinen prozentual wie folgt:

- Computerwissenschaften: 83 Prozent
- Biologie: 69 Prozent
- Sozialwissenschaften und Psychologie: 68 Prozent
- Mathematik: 64 Prozent
- Umweltwissenschaften: 63 Prozent
- Naturwissenschaften: 45 Prozent
- Ingenieurwissenschaften: 46 Prozent

Nennenswerte Forschungserfolge können auf der NSF-Seite als [PDF](#) abgerufen werden.

Die NSF führte in einer Studie 895 Forschungsuniversitäten auf, die 2016 in den USA im Bereich Forschung und Entwicklung tätig waren. Die drei Institutionen mit den größten Budgets für F&E waren wie bereits im Vorjahr:

1. Johns Hopkins University: 2,43 Mrd. US-Dollar
2. University of Michigan, Ann Arbor: 1,44 Mrd. US-Dollar
3. University of Washington, Seattle: 1,3 Mrd. US-Dollar

Die gesamte Liste der Universitäten mit Daten von 2007 bis 2016 kann unter <https://ncesdata.nsf.gov> eingesehen werden.

Die National Institutes of Health (NIH) sind Teil des Department of Health and Human Services (HHS) und zugleich die staatliche Forschungsförderorganisation für den Medizinbereich. Die NIH unterstützt jährlich etwa 2.500 Institutionen. Nach dem UNESCO-Wissenschaftsbericht von 2015 stagnierten die Mittel der NIH seit 2004, was angesichts der Inflation de facto eine Absenkung des Budgets bedeutete. Für 2018 gibt die NIH ihr Budget mit 36.238 Mrd. US-Dollar an, was im Vergleich zu 2017 einer Steigerung von 3 Mrd. US-Dollar entspricht, der höchsten Steigerung in einem Haushaltsjahr seit 2003. Die Erfolgsrate für die Bewilligung beantragter Forschungsgelder liegt bei etwa 19 Prozent. Kritisiert wird die Organisation vor allem aufgrund des vergleichsweise hohen Durchschnittsalters ihrer erfolgreichen Antragsteller. Besonders häufig erhalten über 55-jährige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler den Zuschlag, Antragsteller unter 46 dagegen haben vergleichsweise weniger Chancen. Dies ist insbesondere für jene jungen Akademiker problematisch, die eine "Tenure-track"-Stelle anstreben, für die wiederum die Einwerbung von Forschungsgeldern vorausgesetzt wird.

Natürlich wird in den USA auch in der Industrie Forschung betrieben. Zu den erfolgreichsten Firmen in diesem Bereich gehören Großunternehmen wie beispielsweise Intel, Microsoft, Johnson & Johnson, Pfizer und IBM. Unter den internationalen Firmen, die in den USA wesentliche Forschungsbudgets einsetzen, zählen an erster Stelle Volkswagen, gefolgt von Samsung. Weitere wichtige Forschungseinrichtungen sind beispielsweise PARC (Informationstechnologie und Hardwaresysteme), Hewlett Packard Enterprise (Computer- Technologie, Datensicherheit) und Alcatel-Lucent/Bell Labs (Informationstechnologie) sowie folgende nationale Labors: Lawrence Livermore National Laboratory (LLNL – nukleare Forschung/Sicherheit), Sandia (Ingenieurwissenschaften), Cold Spring Harbor (Medizin), Los Alamos (nationale Sicherheit).

Laut U.S. Patent and Trademark Office wurden 2016 in den USA 167.367 Patente an Einwohner der USA vergeben. Davon gingen die meisten Patente an Kalifornien (45.683), gefolgt mit weitem Abstand von Texas (11.351) und New York (11.351). An Bürger anderer Staaten vergab das U.S. Patent and Trademark Office insgesamt 331.710 Patente. – Deutschland nimmt in dieser Statistik mit 33.254 Patenten den dritten Platz ein hinter Japan (91.383) und Südkorea (41.823). Im Sommer 2018 wird das U.S. Patent and Trademark Office mit der Vergabe von insgesamt 10 Millionen Patenten seit Beginn der Zählung 1836 einen historischen Meilenstein feiern. Die Zahlen weichen etwas ab von denen, die die World Intellectual Property Organization (WIPO) angibt. Ihr zufolge wurden Einwohnern der USA 143.723 Patente zugesprochen (bei 295.327 Anträgen) und 159.326 Patente gingen an Wissenschaftler aus anderen Ländern (bei 310.244 Anträgen).

Quellen:

- [National Science Foundation: FY 2017 Performance and Financial Highlights](#)
- [National Center for Science and Engineering Statistics](#)
- [World Intellectual Property Organization: Statistical Country Profiles - USA](#)
- [UNESCO Institute of Statistics: USA - Science, Technology and Innovation](#)
- [Science: U.S. government share of basic research funding falls below 50% \(9.3.2017\)](#)
- [www.whitehouse.gov: America First – A Budget Blueprint to Make America Great Again \(2018\)](#)
- [NYT: Congress Approves \\$1.3 Trillion Spending Bill, Averting a Shutdown \(22.3.2018\)](#)
- [www.nih.gov/about-nih/what-we-do/budget](#)
- [National Institute of Health: FY 2017 By the Numbers \(7.3.2018\)](#)
- [Congressional Research Service: NIH Funding: FY1994-FY2019 \(2.5.2018\)](#)
- [www.patentsview.org](#)
- [Public Research Universities: Recommitting to Lincoln's Vision](#)
- [www.bu.edu/research/articles/funding-for-scientific-research](#)
- [Science: Trump, Congress approve largest U.S. research spending increase in a decade \(23.3.2018\)](#)

k. Qualitätssicherung und -steigerung

Eine Exzellenzinitiative gibt es in den USA nicht, aber zahlreiche Universitäten des Landes sind bekanntlich exzellent. Zu den ältesten, berühmtesten und auch besten Universitäten in den USA zählen die Mitglieder der sogenannten Ivy League: Brown University, Columbia University, Cornell University, Dartmouth College, Harvard University, University of Pennsylvania, Princeton University und Yale University.

Eine wichtige Informationsquelle für alle, die sich über die Qualität von Forschung und Lehre der Hochschuleinrichtungen in den USA informieren wollen, ist das seit 1983 erhobene Ranking U.S. News and World Report ([www.usnews.com/rankings](#)), das in verschiedene Kategorien unterteilt ist (zum Beispiel nach Regionen und Fachgebieten). In diesem Ranking sind auch Online-Universitäten aufgeführt. Im Umgang mit diesem Ranking sowie den meisten anderen einschlägigen Ranglisten

muss bedacht werden, dass diese von privatwirtschaftlichen Unternehmen erstellt werden, also nicht etwa auf unabhängigen (staatlichen) Studien beruhen. Ein Ranking der großen Forschungsuniversitäten, das deren Ausgaben für F&E auswertet, kann auf der Seite der National Science Foundation eingesehen werden ([NSF Rankings by total R&D expenditures](#)).

Das Akkreditierungssystem hat sich in den vergangenen 100 Jahren zu einem komplexen, halb öffentlichen, halb privaten System entwickelt, welches einerseits die Qualität tertiärer Institutionen sichert und andererseits den Zugang zu föderalen und bundesstaatlichen Mitteln regelt. Es gibt zwei Akkreditierungsverfahren für Hochschulen: Zum einen die Akkreditierung der gesamten Hochschule (Systemakkreditierung), zum anderen die Anerkennung eines einzelnen Instituts oder eines speziellen Programms. Das Department of Education (DoE) veröffentlicht eine Liste aller akkreditierten Hochschulen in den USA unter <http://ope.ed.gov/accreditation>. Nur Hochschulen, die vom Department of Education akkreditiert sind, haben Zugang zu (indirekter) finanzieller Förderung wie beispielsweise den Pell Grants.

Die Akkreditierung und damit die Qualitätssicherung auf bundesstaatlicher und föderaler Ebene erfolgt durch Akkreditierungsagenturen, welche von der übergreifenden Agentur für Akkreditierung, dem Council for Higher Education Accreditation (CHEA), anerkannt sein müssen. Der Council listet derzeit etwa 60 Akkreditierungsagenturen auf und hat insgesamt 3.000 Mitgliedshochschulen. Eine vollständige Liste dieser Organisationen kann auf der Seite www.chea.org abgerufen werden. Von den 60 von CHEA anerkannten Akkreditierungsagenturen werden aktuell 37 gleichzeitig auch vom Department of Education anerkannt. Das Akkreditierungsverfahren des Department of Education ist sehr viel komplexer als das privater Agenturen. Ein maßgeblicher Unterschied ist die Prüfung, ob die Hochschulen oder Programme den Standards für Title IV, dem Gesetz zur finanziellen Hilfe für Studierende (zum Beispiel Pell Grants), nachkommen. Die Geschichte der Hochschulakkreditierung in den USA und die einzelnen Evaluationskriterien können nachgelesen werden unter [Key Issues and Questions for Changing Accreditation in the United States](#).

Bundesweit tätige Akkreditierungseinrichtungen konzentrieren sich auf bestimmte Arten von Colleges, wie beispielsweise Institutionen mit dem Fokus Handel/Gewerbe oder religiöse Einrichtungen. Die sechs regionalen Akkreditierungsagenturen begutachten abschlussverleihende Hochschulen und nehmen Systemakkreditierungen vor. Hier werden einzelne Aspekte der Hochschulen zur Beurteilung herangezogen, wie zum Beispiel das akademische Angebot, das Mission Statement der jeweiligen Universität und das Budget. Der Akkreditierungsprozess basiert auf dem "Peer review"-Prinzip, bei dem 1.300 Hochschulvertreter als Gutachter fungieren (Higher Learning Commission).

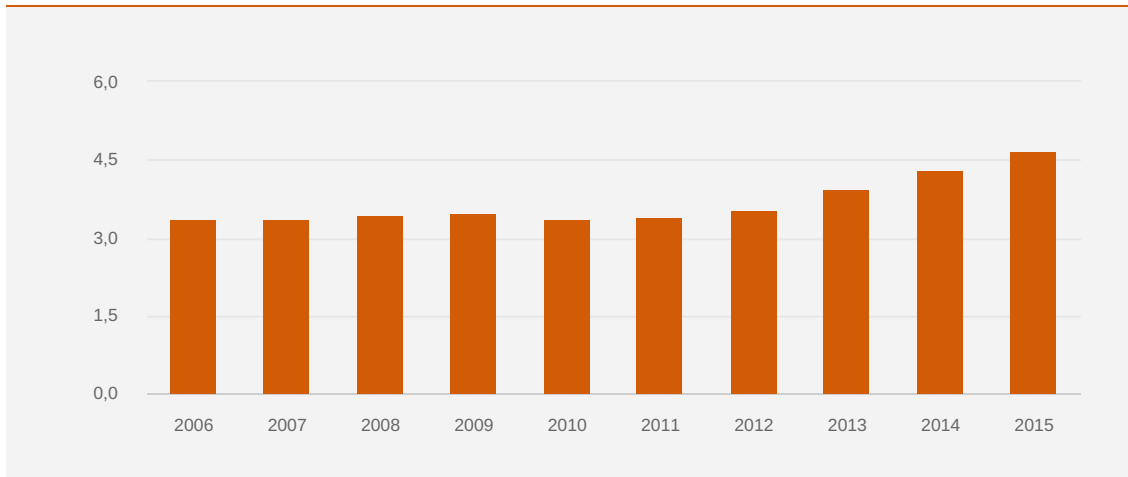
I. Nachfrage nach anwendungsorientierter Lehre und Forschung

Natürlich spielt die Einwerbung von Spenden und Endowments, also Stiftungsgeldern, meist zur Finanzierung einer Professur oder eines Forschungsinstituts, in der kommerziell ausgerichteten US-amerikanischen Hochschullandschaft eine große Rolle. Um hier langfristig erfolgreich zu sein, unterhalten die Universitäten oft sehr große Verwaltungseinheiten, die ausgeklügelte Fundraising-Strategien erarbeiten und umsetzen. Dabei werden sowohl Einzelpersonen als auch wichtige Zielgruppen identifiziert, vor allem die Alumni und mögliche Partner aus Industrie und Wirtschaft. Das Konzept von Sponsoring zeitigte bislang zum Beispiel große Erfolge bei den Business Schools, ebenso bei "Chairs" in gezielt nach den Interessen der Sponsoren ausgesuchten Fachbereichen, aber auch bei ganzen "Schools" (siehe auch Kapitel Hochschulfinanzierung).

3. Internationalisierung und Bildungskooperation

a. Internationalisierung des Hochschulsystems

Diagramm 14: Anteil ausländischer Studierender in Prozent



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 21: Anteil ausländischer Studierender in Prozent

USA/Vereinigte Staaten (2015)	4,65
Im Vergleich: Deutschland (2015)	11,90

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics \(USA/Vereinigte Staaten\)](#), [Wissenschaft weltoffen \(Deutschland\)](#)

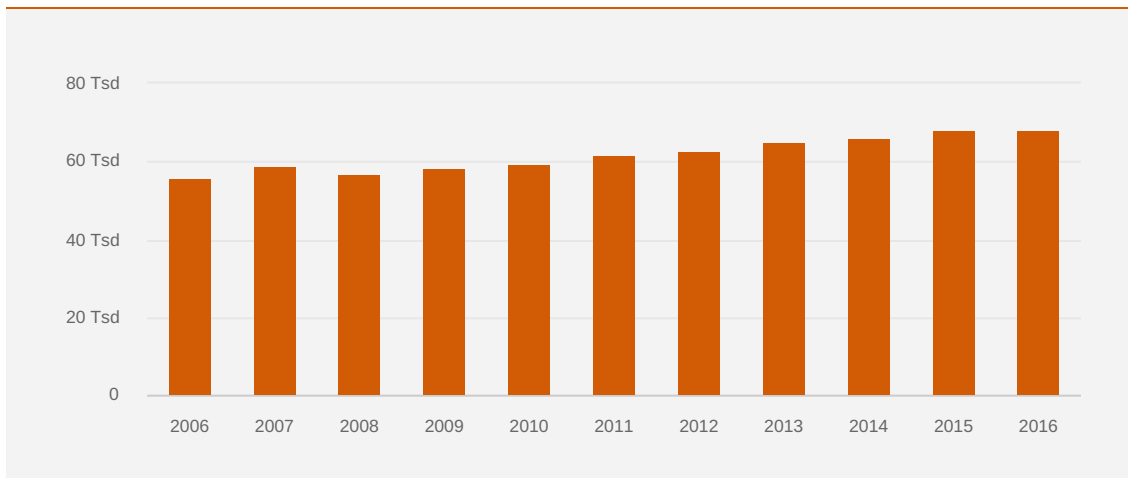
Kennzahl 22: Die wichtigsten fünf Herkunftsländer ausländischer Studierender

1. China
2. Indien
3. Korea
4. Saudi-Arabien
5. Kanada

20. Deutschland

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics \(2015\)](#)

Diagramm 15: Im Ausland Studierende (Anzahl)



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

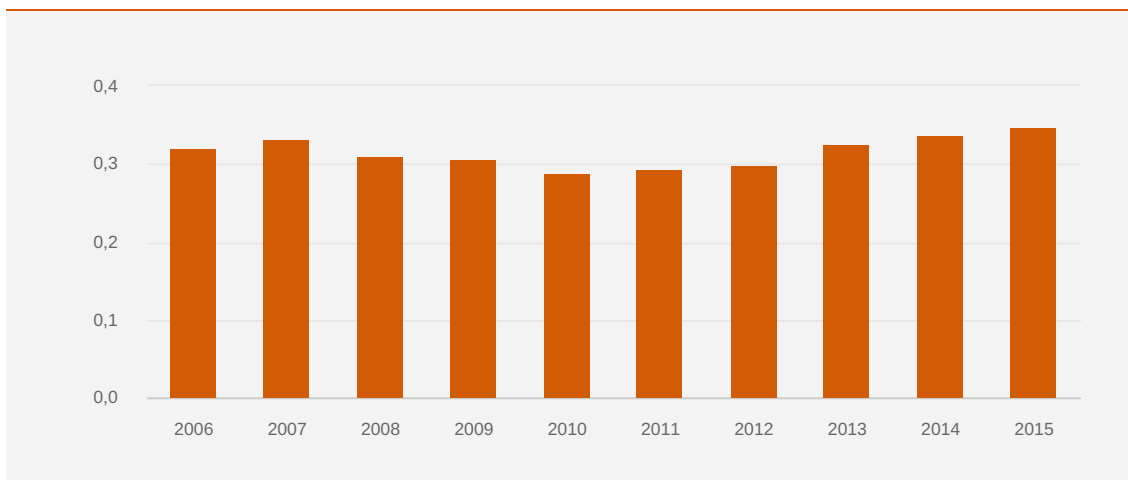
Kennzahl 23: Im Ausland Studierende (Anzahl)

USA/Vereinigte Staaten (2016)	67.665
Im Vergleich: Deutschland (2016)	116.342

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Diagramm 16: Im Ausland Studierende (Prozent)

in Prozent



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 24: Im Ausland Studierende (Prozent)	in Prozent
USA/Vereinigte Staaten (2015)	0,35
Im Vergleich: Deutschland (2015)	3,91

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 25: **Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende**

1. GB
2. Kanada
3. Deutschland
4. Frankreich
5. Australien

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#) (2015)

Zahlreiche international ausgerichtete Organisationen unterstützen die US-amerikanischen Colleges und Universitäten bei ihren Bemühungen, sich auf dem internationalen Markt zu bewegen. Im Vordergrund steht für die Hochschulen dabei ganz überwiegend die Rekrutierung von internationalen Studierenden, Lehrkräften und Forschern. Mit über einer Million ausländischer Studierender sind die USA international nach wie vor Gastland Nummer 1 in der Welt, trotz hoher Studiengebühren und – zumindest aus deutscher Sicht – zum Teil auch höheren Lebenshaltungskosten.

Eine Herausforderung für die Hochschulen, die sich um Internationalisierung bemühen, sind die politischen Entwicklungen seit der Amtseinführung von Donald Trump. Die berühmte Willkommenskultur der Vereinigten Staaten ist mittlerweile deutlich unterminiert worden, das Land schottet sich immer weiter ab, und zwar gezielt gegenüber solchen Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – nicht zum Motto „America First!“ passen. Ein erster Effekt ist schon zu sehen: Zum ersten Mal ging die Zahl der Ersteinschreibungen von Ausländern an US-amerikanischen Hochschulen um 3 Prozent leicht zurück (2016/2017).

Die wichtigsten Eckpunkte dieser ausländerfeindlichen Politik sind: der „travel ban“, das Verbot für Bürger von sieben überwiegend muslimischen Staaten zur Einreise in die USA; die mögliche Deportierung der sogenannten „Dreamers“ – jener Menschen, die als Kinder mit ihren Eltern illegal in die USA kamen und seither hier ein an sich illegales, aber geduldetes Leben führen und oft schon an Universitäten studieren oder Berufe ausüben; die mögliche Einschränkung der Visaerteilung an chinesische Studierende und Wissenschaftler auf Grund der Gefahr von Industriespionage; die restriktivere Erteilung der H1B-Visa für besondere Berufsgruppen, gerade für Wissenschaftler aus dem Ausland.

Dies alles hinterlässt deutliche Kratzer am einst hell strahlenden Bild des Studien- und Forschungsparadieses USA. Die Gefahren einer solchen Politik liegen auf der Hand: Ganz abgesehen von den unter Umständen deutlichen Einnahmeverlusten, die schon jetzt gerade die Universitäten im „Heartland“ Amerikas durch das Ausbleiben vieler internationaler Studierender empfindlich zu spüren bekommen, bedeutet ein weniger weltoffenes Klima den Verlust von Talent und Diversität, die steigende Gefahr der Diskriminierung, ein weniger offenes Miteinander auf dem Campus, im Labor und im Hörsaal – all dies im Positiven Ingredienzien, die die USA zu dem gemacht haben, was sie noch immer sind: die führende Forschungsnation der Welt und der Traum vieler junger Menschen, wenn sie sich auf den Weg in die Welt der Wissenschaft machen.

Das Fernbleiben internationaler Studierender ist übrigens nicht allein dem „Trump-Effekt“ geschuldet. Immer weiter steigende Studiengebühren an amerikanischen Colleges und Universitäten, die wirtschaftlich angespannte Situation in einigen der wichtigsten Herkunftsländer (zum Beispiel Brasilien oder Saudi-Arabien), die Sorge um die persönliche Sicherheit auf dem Campus – gerade angesichts der schon erwähnten Schießereien – sind als weitere Ursachen für die geringere Zahl von Einschreibungen zu nennen. Und die Konkurrenz schläft nicht: Kanada, Australien und Großbritannien verzeichnen steigende Einschreibungen internationaler Studierender. Das Ergebnis jedenfalls stellt Gesellschaft und Hochschulen vor ganz handfeste wirtschaftliche Konsequenzen. Wie das Institute of International Education (IIE) ermittelte, tragen die studentischen Gäste aus aller Welt rund 39 Mrd. US-Dollar zur Wirtschaftsleistung bei, wobei dieses Geld zu 75 Prozent aus dem Ausland – also vermutlich zumeist den Heimatländern der Studierenden – stammt. Abgesehen von Verlusten beim allgemeinen Konsum durch die ausländischen Gäste bedeuten weniger Einnahmen durch Studiengebühren vor allem auch weniger finanzielle Verfügungsmasse für die Hochschulen. Streichungen von vermeintlich weniger wichtigen Kursen – immer wieder dabei: Fremdsprachen und musische Fächer – sind vielerorts die erste Reaktion. Dies passt zu einem Trend, der gerade an öffentlichen Hochschulen republikanisch geführter Bundesstaaten zu beobachten ist: Die Auswahl der Fächer wird immer weiter eingeschränkt, so dass sich das ursprüngliche Bildungsideal zum Beispiel der Liberal Arts Colleges, eine solide Allgemeinbildung zu vermitteln, hin zu einem anwendungsorientierten Fächerkanon verengt. Am schlimmsten betroffen sind nicht die forschungsstarken (privaten) Universitäten, sondern die Institutionen der zweiten Reihe, zum Beispiel im Mittleren Westen.

Folgende Organisationen spielen bei der Internationalisierung der US-Hochschulen eine wichtige Rolle:

EducationUSA

<https://educationusa.state.gov/>

EducationUSA wird vom Außenministerium finanziert und repräsentiert die US-amerikanische Hochschullandschaft in der ganzen Welt. In rund 425 Studienberatungszentren in mehr als 175 Ländern werden Studierende umfassend über die Möglichkeiten, ein Studium in den USA aufzunehmen oder fortzuführen, beraten. Umgekehrt berät die Einrichtung auch die amerikanischen Hochschulen bei ihren Bemühungen, ihre Studierendenschaft und ihren Campus zu internationalisieren.

Diversity Abroad

www.diversityabroad.com

Diversity Abroad hat im Wesentlichen das Ziel, Studierenden aus allen Bevölkerungsschichten und mit jedem ethnischen Hintergrund ein Studium, Praktikum oder Arbeit im Ausland zu vermitteln. Diversity Abroad fungiert darüber hinaus als Plattform, um Netzwerke aufzubauen und Informationen zum Thema „Diversität und Auslandsmobilität“ auszutauschen.

The Forum on Education Abroad (Forum)

www.forumea.org

Das Forum on Education Abroad ist ein gemeinnütziger Verein, der vom US-Justizministerium und der Federal Trade Commission als Standards Development Organization (SDO) für den Bereich der Ausbildung im Ausland anerkannt wurde.

Institute of International Education (IIE)

www.iie.org

Das IIE ist die wichtigste Partnerorganisation des DAAD, die in den USA an fünf Standorten vertreten ist: New York, Chicago, Houston, Denver und San Francisco. Insgesamt beschäftigt das IIE mehr als 700 Personen weltweit und vereint unter deren Dach 200 Programme sowie Projekte, von denen jährlich weltweit rund 27.000 Personen profitieren.

Das IIE betreut in den USA wichtige Förderprogramme wie beispielsweise den Scholarship Rescue Fund, das Fulbright Programm, das Benjamin A. Gilman-Förderprogramm, das Boren-

Förderprogramm und das Critical Language-Förderprogramm. Eine der weitreichendsten aktuellen Kampagnen ist "Generation Study Abroad", eine Initiative, die mit 2 Mio. US-Dollar für fünf Jahre angelegt ist und in Kooperation mit Universitäten, Regierungsvertretern und Organisationen die Zahl der auslandsmobilen amerikanischen Studierenden bis 2019 von 10 Prozent auf 20 Prozent verdoppeln soll. Insbesondere geht es bei der Kampagne darum, Ressourcen zu mobilisieren, Strukturen für Auslandsaufenthalte zu schaffen und zusätzliche Förderung für Individualstipendien bereitzustellen ([IIE Generation Study Abroad](#)).

Die Hauptaufgaben des IIE sind:

- Manage fellowships and scholarships
- Develop leaders
- Emergency assistance
- Provide education services
- Build higher education institutional capacity
- Promote international development
- Subawards and Procurements.

NAFSA: Association of International Educators (NAFSA)

www.nafsa.org

Mit mehr als 10.000 Mitgliedern behandelt die NAFSA praktisch alle Aspekte der Internationalisierung von Hochschulen, nicht nur in den USA, sondern auch weltweit – vor allem im Rahmen der NAFSA-Jahreskonferenz mit rund 11.000 Teilnehmern aus der ganzen Welt.

Studien und Daten zur Internationalisierung

Die wichtigste Studie zur Internationalisierung aus amerikanischer Sicht veröffentlicht das IIE: Open Doors. In dieser jährlich erstellten Untersuchung wird genau aufgeschlüsselt, wie viele Studierende aus den USA für wie lange und mit welcher Fachrichtung ins Ausland gehen, und umgekehrt wird der internationale Studierendenstrom in die USA genauestens analysiert.

[IIE Open Doors](#)

Der Project Atlas, ebenfalls herausgegeben vom Institute of International Education, erfasst und wertet Daten der Migration von Studierenden außerhalb ihrer Heimatländer aus.

[IIE Project Atlas](#)

Auch das American Council on Education (ACE) veröffentlicht immer wieder interessante Briefings und Broschüren, auch zum Thema Internationalisierung in den USA.

[ACE Internationalizing U.S. Higher Education 2015](#)

Quellen:

- [ACE: Mapping International Joint and Dual Degrees: U.S. Program Profiles and Perspectives](#)
- [IIE: Shifting Tides: Understanding International Student Yield for Fall 2017](#)
- [New York Times: The Supreme Court Partially Allowed Trump's Travel Ban. \(19.7.2017\)](#)

b. Bildungsk Kooperationen und Partnerorganisationen

Wichtige ausländische Bildungsanbieter in den USA sind:

British Council: Der Auftritt von British Council wurde in den letzten drei Jahren mit der Schließung der Büros in Los Angeles (seit August 2015) und New York (seit Mai 2017) drastisch reduziert.

Campus France: Ebenso wie mit dem British Council arbeitet der DAAD eng mit Campus France zusammen, vor allem bei nationalen Konferenzen, wo die Außenstelle New York und das Informationszentrum San Francisco als europäische Partner auftreten und Themen wie den Bologna-Prozess, Kredittransfer etc. abdecken. Seit September 2015 ist Campus France mit einer

Vertreterin in San Francisco an der Westküste vertreten.

Education in Ireland: Education in Ireland ist ein Teil von Enterprise Ireland und wirbt für irische Hochschulen im Ausland.

Immer wieder arbeitet der DAAD mit der **Delegation of the European Union to the United States**, mit Sitz in Washington DC, zusammen.

Die **Australian Trade Commission** ist sehr aktiv bei Hochschulbildungskonferenzen. Vertreter der Commission sind regelmäßig Co-Moderatoren mit DAAD-Kollegen zu vielschichtigen Themen wie der Sicherung internationaler Partnerschaften, Akkreditierung oder Qualitätssicherung.

Der **American Council on Education** ist eine interessante Einrichtung, die – im Vergleich zu Deutschland – in etwa an der Schnittstelle von HRK und DAAD steht und daher durchaus für Kooperationen in Betracht kommt.

Seitens des **U.S. Department of State** wurde 2009 die "100,000 Strong Exchange"-Initiative ins Leben gerufen mit dem Ziel, die strategische Partnerschaft mit China auszubauen und die Zahl der amerikanischen Studierenden, die in China studieren, zu erhöhen und zu diversifizieren. Zwei Jahre später wurde die "100,000 Strong in the Americas"-Initiative gestartet, welche den internationalen Austausch mit Südamerika fördern soll.

Natürlich arbeitet der DAAD auch eng mit den offiziellen deutschen Vertretungen in den USA zusammen: der Deutschen Botschaft in Washington, dem Generalkonsulat und der UN-Botschaft in New York sowie allen anderen Generalkonsulaten.

Wichtige deutsche Partnerorganisationen des DAAD in den USA:

Die **Deutsche Vertretung in New York** (Sitz von deutscher UN-Botschaft und Generalkonsulat) vereint zahlreiche deutsche Einrichtungen unter einem Dach: die **DAAD-Außenstelle, die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), das Deutsche Wissenschafts- und Innovationshaus (DWIH)**, welches ebenfalls vom DAAD geleitet wird, sowie die Verbindungsbüros der folgenden Universitäten bzw. Universitätsverbände:

- Bucerius Law School
- UA Ruhr (Universität Duisburg-Essen, Ruhr-Universität Bochum, TU Dortmund)
- Heidelberg University Association
- German University Alliance (Freie Universität Berlin, Ludwig-Maximilians-Universität München)
- UAS7 German Universities of Applied Sciences (Berlin, Frankfurt, Bremen, Hamburg, Köln, München, Münster, Osnabrück)
- University of Cologne New York Office
- University of Freiburg / EUCOR The European Campus

In San Francisco befinden sich ein Informationszentrum des DAAD und seit 2015 ein Büro der TU München.

Darüber hinaus ist in Washington D.C. ein weiteres USA-Büro der DFG beheimatet, ebenso wie die American Friends of Alexander von Humboldt.

Zwischen dem DAAD, der DFG, dem DWIH sowie der Vertretung der **Alexander von Humboldt-Stiftung** besteht eine enge Zusammenarbeit über gemeinsame Auftritte und Konferenzorganisationen unter der Forschungsmarketing-Dachkampagne "Research in Germany".

Die **Fraunhofer-Gesellschaft** unterhält in Michigan eine Außenstelle sowie neun weitere Institute in

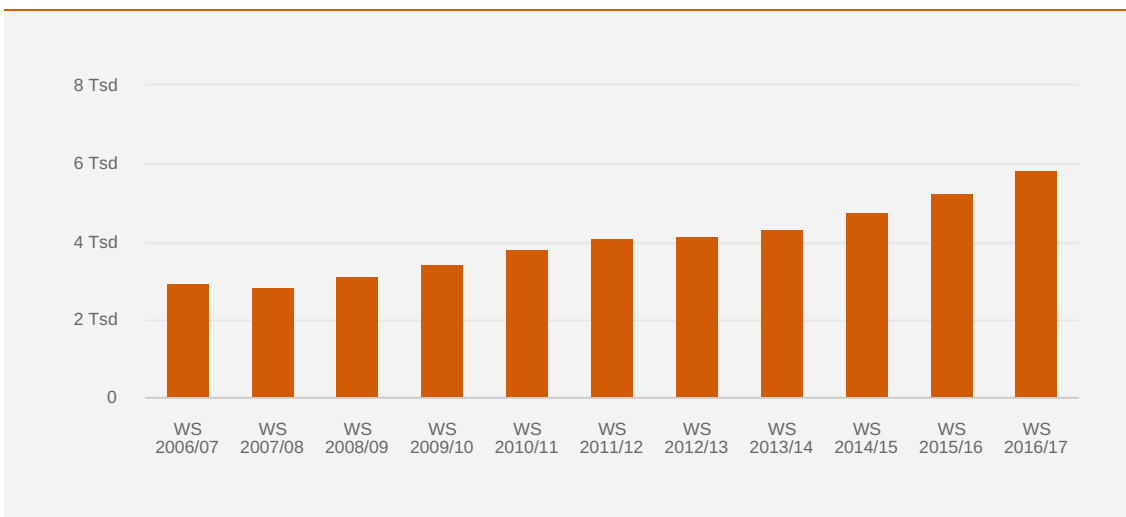
den USA. Die Max-Planck-Gesellschaft eröffnete 2010 das Florida Institute for Neuroscience, das bislang einzige Max Planck-Institut in den USA.

Das **Goethe-Institut** ist in sieben Städten vertreten: New York, Boston, Washington D.C., Chicago, San Francisco und Los Angeles (wobei Los Angeles ein reines Kulturinstitut ist, welches keine Sprachkurse anbietet). Zusätzlich gibt es in Milwaukee, St. Louis und Atlanta ein Goethe Kulturhaus beziehungsweise -zentrum.

Die deutschen **Generalkonsulate in San Francisco und Boston** haben mit der Schaffung eines Postens für die Verbindungsarbeit zur örtlichen Wissenschaftsszene jeweils eine Schnittstelle geschaffen, die deutsche Forschung und Innovation an diesen beiden zentralen Standorten vertritt.

c. Deutschlandinteresse

Diagramm 17: Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland



Quelle: [Statistisches Bundesamt, Genesis-Online](#)

Kennzahl 26: Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland

USA/Vereinigte Staaten (WS 2016/17)

5.839

Quelle: [Statistisches Bundesamt, Genesis-Online](#)

Kennzahl 27: Anzahl der Hochschulkooperationen mit Deutschland

USA/Vereinigte Staaten (2018)

2.260

Quelle: [Hochschlkompass \(HRK\)](#)

Kennzahl 28: Anzahl der DAAD-Förderungen

Geförderte aus Deutschland (2017)	4.332
Geförderte aus dem Ausland (2017)	1.637

Quelle: [DAAD](#)

Laut Open Doors-Bericht haben im akademischen Jahr 2015/2016 vor allem Studierende der MINT-Fächer (25,2 Prozent), Wirtschaftswissenschaften (20,9 Prozent) und Sozialwissenschaften (17,1 Prozent) kurzfristige Aufenthalte im Ausland absolviert. Besonders erwähnenswert ist der Anstieg von Auslandsaufenthalten der Studierenden der MINT-Fächer seit 2005/2006. In der Auswertung vom akademischen Jahr 2005/2006 führten die Sozialwissenschaften die Liste an mit 21,7 Prozent, gefolgt von Wirtschaftswissenschaften (17,7 Prozent) und Geisteswissenschaften (14,2 Prozent). Die MINT-Fächer wurden in den früheren Studien nicht zusammenfassend betrachtet und Ingenieurwissenschaften (2,9 Prozent) sowie Mathematik und Informatik (1,5 Prozent) machten nur einen sehr geringen Anteil der Fächer aus. Diese Entwicklung verdeutlicht, dass die MINT-Fächer mittlerweile keineswegs mehr zu den unterrepräsentierten Fächern zählen. Ganz im Gegenteil sind es nun die Studierenden der Sozial- und Geisteswissenschaften, die zunehmend weniger Auslandserfahrungen sammeln. Interessant ist auch die Entwicklung der Praktika im Ausland, die von 2012/2013 bis 2016/2017 von 11,5 auf 19,1 Prozent stetig angestiegen sind.

Der überwiegende Teil der US-Amerikaner, die international mobil sind, absolvieren vermehrt kurzfristige Auslandsaufenthalte – auch wenn sie Deutschland als Zielland im Blick haben. Gleichwohl interessieren sich junge US-Amerikaner durchaus auch für ein Gesamtstudium in Deutschland. Dabei sind für sie der Ruf einer Hochschule und ihre Position in einschlägigen internationalen Rankings sehr wichtig, auch mit Blick auf spätere Arbeitgeber. Dies spricht für manche immer noch gegen ein Studium in Deutschland, zumal selbst die großen, zum Teil mit dem Exzellenz-Status ausgezeichneten deutschen Hochschulen in der Fläche der USA über keinen großen Bekanntheitsgrad verfügen.

Vier Faktoren spielen bei der dennoch in den USA allmählich zunehmenden Attraktivität von Deutschland als Studienstandort eine entscheidende Rolle: Der vergleichsweise geringe finanzielle Aufwand für Studierende, die große Sicherheit des Landes, das wachsende Angebot an internationalen, englischsprachigen Studienangeboten – und dies alles bei gleichzeitig hoher Qualität des deutschen Hochschulsystems. Für Studierende einiger Fachbereiche ist Deutschland ein besonders angesehener Studienort: In den Ingenieurwissenschaften, den Technik- und Naturwissenschaften, in Spezialgebieten wie zum Beispiel dem Bereich Nachhaltigkeit (Solar- und Windenergie, Recycling, öffentliche Verkehrsmittel) ist ein Studium in Deutschland sehr attraktiv. Deutschlands historisch verankerte Vorreiterposition im Bereich Musik und die jüngste Prominenz im Bereich Architektur/Design locken Studieninteressierte US-Amerikaner ebenfalls nach Deutschland. Daran dürfte auch die Einführung von vergleichsweise moderaten Studiengebühren für Ausländer nichts ändern.

Laut Open Doors stieg zuletzt die Zahl der US-Amerikaner, die studienbezogen nach Deutschland kamen, im Jahr 2015/2016 um 8,1 Prozent auf 11.900. Deutschland steigt damit für kurzfristige Auslandsaufenthalte um einen Platz auf Platz 5 im Vergleich zum Vorjahr. Laut UNESCO Science Report lag Deutschland weltweit zumindest für Promotionsstudierende im Jahr 2012 auf Platz 3 mit 13.606 Studierenden hinter China (58.492) und Indien (30.291).

Der Open Doors Report berücksichtigt nur die Daten der Studierenden, die für ein kurzes oder langes Austauschstudium im Ausland studieren. Laut Wissenschaft Weltoffen 2017 lag die Zahl der Studierenden aus den USA, die in Deutschland immatrikuliert waren, im Jahr 2016 bei 5.837. Im WS 2015/2016 waren 817 Studierende aus den USA in einem Bachelorstudiengang eingeschrieben, 1.890 in einem Masterstudiengang und 403 strebten eine Promotion an. Im Vergleich dazu lag die Zahl der amerikanischen Studierenden 2004 noch bei 2.776. Diese Statistik bestätigen auch die

gestiegenen Anfragen an die DAAD-Büros in New York und San Francisco. Im Jahr 2015 erwarben 584 Studierende aus den USA ihren Abschluss in Deutschland, davon erwarben 71 einen Bachelor, 410 einen Master und 78 eine Promotion.

Quellen:

<https://trends.collegeboard.org/college-pricing/highlights>

www.iie.org/en/Research-and-Insights/Open-Doors

www.wissenschaftweltoffen.de/daten

d. Deutsche Sprachkenntnisse

Im Schulbereich beläuft sich die absolute Zahl der Deutschlernenden laut der Erhebung des Auswärtigen Amtes [Deutsch als Fremdsprache weltweit. Datenerhebung 2015](#) auf rund 400.000 Schüler. Hinter Spanisch mit etwa 6,5 Millionen und Französisch mit circa 1,3 Millionen Lernenden nimmt Deutsch damit den dritten Platz in der Skala der an Schulen gelernten Fremdsprachen ein.

Von den derzeit etwa 20 Millionen Studierenden an amerikanischen Colleges und Universitäten dürften rund 90.000 Deutsch lernen, wobei etwa 9.000 Studierende in germanistischen Studiengängen eingeschrieben sind und etwa 81.000 studienbegleitende Sprachkurse belegen. Gegenüber der letzten Abfrage nimmt die Zahl der Deutschlernenden ab.

Die Gesamtzahl der Deutschlerner (Schule, Hochschule, Erwachsenenbildung etc.) belief sich der oben zitierten Erhebung zufolge auf 499.846.

Die Beobachtung der Entwicklung von DaF in den USA zeigt, dass das Interesse am Erlernen der Sprache von geopolitischen und sozioökonomischen Faktoren abhängig ist. Eine deutsche Abstammung spielt kaum noch eine Rolle bei der Wahl der zu erlernenden Fremdsprache. Die Vermittlung von Fremdsprachen genießt darüber hinaus keine hohe Priorität in der US-Schul- und Bildungspolitik. Etwa 20 Prozent der amerikanischen Schüler lernen eine Fremdsprache, die an High Schools oftmals nur für zwei Jahre belegt werden kann. Teilweise ermöglichen Immersions- und Samstagsschulen einen intensiveren Spracherwerb. Zugleich wurden wegen pauschaler Budgetkürzungen auf bundesstaatlicher und lokaler Ebene zahlreiche Deutschprogramme eingestellt, so dass Schulen sich weniger Sprachprogramme leisten können. Hinzu kommt eine immer stärker werdende Konkurrenz anderer Sprachen wie Chinesisch. An vielen der verbleibenden Schulen mit Deutschangebot belegen jedoch mehr Schüler Deutschkurse als noch vor fünf Jahren. Wo Interesse besteht, vor allem seitens der Eltern, wachsen auch Deutschprogramme. Hier – bei den persönlichen Entscheidern (Eltern, Schüler) und den strukturellen Entscheidern im Schulbereich (Schulleiter, Laufbahnberater) – setzen seitens der deutschen Mittlerorganisationen Motivationsmaßnahmen (zum Beispiel DaF-Jugendportal, Musiktourneen), bildungspolitische Informations- und Lobbyarbeit (zum Beispiel Netzwerk Deutschberater USA) sowie Werbekampagnen wie "Just Add German" an. Nicht zu unterschätzen ist der Wert von Fortbildungsprogrammen für Deutschlehrer, wobei hier gerade der Förderung von Nachwuchslehrerinnen und -lehrern eine Schlüsselrolle zukommt.

Im Hochschulbereich ist die Zahl der Deutschlernenden im Verhältnis zur Gesamtzahl aller Fremdsprachenlernenden an Universitäten und Colleges in den USA im Sinken begriffen (von 11,3 Prozent aller Fremdsprachenlernenden im Jahr 1990 auf 5,7 Prozent im Jahr 2009). Es ist auf absehbare Zeit leider weiterhin zu erwarten, dass der deutschen Sprache durch andere Sprachen innerhalb des universitären Fremdsprachenangebots steigende Konkurrenz erwachsen wird. Die curriculare Bedeutung des angebotenen Deutschunterrichts im Hochschulbereich liegt überwiegend im Umstand begründet, dass für das Absolvieren der meisten Hochschulstudien in den USA Fremdsprachenkenntnisse im Umfang von zwei Jahren Sprachunterricht auf College-Niveau nachgewiesen werden müssen und damit Deutsch für die Mehrheit der Deutschlernenden Wahlpflichtfach ist. Im Hochschulbereich verfolgt der DAAD im Bereich DaF eine Doppelstrategie, die sowohl Maßnahmen zur direkten und unmittelbaren Förderung der deutschen Sprache beinhaltet (zum Beispiel Sprachkurse, Lehrerfortbildungen, Verbindung von Deutsch mit Ingenieurwissenschaften) als auch in Form der sogenannten "German Studies" die Konkurrenzfähigkeit von Deutsch im universitären Fremdsprachenangebot über eine Vermittlung

attraktiver deutschlandbezogener Inhalte zu verbessern versucht.

Deutschlerner in den USA bleiben weiterhin eine potentiell wichtige Zielgruppe für Marketingmaßnahmen deutscher Hochschulen, wenngleich englischsprachige Studiengänge in Deutschland gerade für die USA als englischsprachiges Land von besonderer Attraktivität sind.

e. Hochschulzugang in Deutschland

Nach Maßgaben der Kultusministerkonferenz (KMK) müssen Studieninteressierte aus den USA für den direkten Hochschulzugang in Deutschland das High School-Diplom nach durchgängigem Besuch der 9. bis 12. Klasse erworben und dabei insgesamt 16 "academic units" belegt haben("units" entsprechen jeweils einem Schuljahr):

- 4 units (bei 11 Jahrgangsstufen genügen 3 units) Englisch mit der Mindestnote C: Englisch IV oder Honors oder AP Englisch
 - 2 units 2nd Language,
 - 3 units Social Studies
- Zusammen 5 units Mathematics und Science:
- 2 oder 3 units Mathematics mit der Mindestnote C: Algebra II oder III, Trigonometry oder Precalculus
 - 2 oder 3 units Science mit der Mindestnote C: Biology, Chemistry oder Physics
 - 2 frei wählbare academic units

Bei Bewerbungen bis einschließlich Sommersemester 2019 müssen Bewerber zusätzlich eine Durchschnittsnote (hier: Grade Point Average – GPA) von mindestens 3.0 und entweder 25-28 Punkte im ACT-Test im "composite score" oder 1.360 im SAT-Test vorweisen können. Ab dem Wintersemester 2019 fällt der Nachweis von ACT-Testergebnissen beziehungsweise SAT-Testergebnissen weg. Ab dann bewirbt man sich für einen direkten Hochschulzugang mit dem High School-Abschluss, bei dem die Fächervoraussetzungen gleich bleiben, sowie einer der folgenden Zusatzleistungen:

- Feststellungsprüfung
- 2 Studienjahre
- Advanced Placement-Prüfung (AP)
- Associate Degree

Die Feststellprüfung kann im Zusammenhang mit dem Besuch eines Studienkollegs oder auch separat abgelegt werden. In den USA kann man sich jedoch nicht prüfen lassen. Für diejenigen, die ein High School-Diplom nachweisen können und die Zusatzqualifikationen über Advanced Placement-Prüfungen erreichen, ist ein fachorientierter Hochschulzugang möglich.

Von über 900 US-amerikanischen Schulen wird mittlerweile vermehrt das Internationale Baccalaureate (IB) angeboten. Wie auch beim High School-Abschluss sind beim IB bestimmte Fächer auf einem bestimmten Niveau zu belegen, damit der Abschluss in Deutschland als Hochschulzugangsberechtigung anerkannt wird. Die KMK stellt hierzu ein [Dokument](#) mit einem umfangreichen Überblick zu Verfügung.

Falls Studienbewerber die Qualifikation zur direkten Bewerbung an einer deutschen Universität durch den Besuch der High School nicht erreicht haben, können sie an einem Studienkolleg zusätzliche Qualifikationen erwerben. Des Weiteren ermöglicht der Erwerb eines allgemeinen Associate-Abschlusses an einem Community College die direkte Immatrikulation an einer deutschen Hochschule. Interessierte Studienbewerber sollten sich am besten bereits in der 9. und 10. Klasse über die Studienvoraussetzungen in Deutschland informieren, um ihre Kurse entsprechend den Anforderungen anzupassen.

Die Festlegung der notwendigen Kurse, die zu einem High School-Diplom führen, wird staatlich bestimmt. Eine Auflistung aller Staaten und Informationen zu den notwendigen Kursen werden auf der Webseite der Education Commission of the States gelistet. Der National Council of State

Supervisors for Languages (NCSSFL) zeigt auf, wie unterschiedlich relevant der für das jeweilige High School-Diplom notwendige Fremdspracherwerb in den 50 Bundesstaaten ist. Die USA versuchen mit der Common Core Initiative, die seit 2010 in 42 Bundesstaaten umgesetzt wurde, die schulische Ausbildung von der ersten bis zur 12. Klasse zu vereinheitlichen und die Schüler besser auf den Übergang zu einer Hochschule vorzubereiten. Die deutsche KMK verfolgt und begrüßt die Änderungen, aber vorerst hat die Common Core Initiative keinen Einfluss auf die bereits festgelegten Hochschulzulassungsvoraussetzungen für amerikanische Schulabsolventen.

Quellen:

- <http://ncssfl.org/view-state-report>
- <http://ecs.force.com/mbdata/mbprofall?Rep=HS01>
- www.kmk.org
- <http://anabin.kmk.org>
- [PrepScholar: Complete List of IB Schools in the USA, by State](#)

4. Empfehlungen für deutsche Hochschulen

a. Hochschulkooperationen – FAQ

In der Vergangenheit wurde die internationale Stärke einer US-amerikanischen Hochschule an der Anzahl der Kooperationen mit Institutionen im Ausland gemessen. Heute bauen US-Hochschulen diese Beziehungen, die zum großen Teil nur Kooperationen auf Papier waren, ab. Stattdessen konzentrieren sie sich auf bestimmte Universitäten oder Länder, mit denen Zusammenarbeit auf jeder Ebene stattfindet, Austausch und Forschung verstärkt und sogar Programme mit Doppelabschlüssen aufgebaut werden sollen.

Grundsätzlich besteht seitens der amerikanischen Hochschulen Interesse an Kooperationen mit deutschen Partneereinrichtungen, sowohl im Bereich der Forschung als auch beim Studierendenaustausch. Um amerikanische Partner zu gewinnen, müssen deutsche Hochschulen klar formulieren was sie mit der Partnerschaft erreichen wollen und welchen Nutzen die US-Hochschule damit erzielen würde. Besonders interessant sind Projekte, bei denen sich auch die amerikanische Seite um Fördermittel bewerben kann.

Deutsche Hochschulen müssen realistisch sein. Die Elitehochschulen in den USA gehen nur bedingt neue Kooperationen ein. Es gibt allerdings eine Vielzahl sehr guter amerikanischer Universitäten, die als Partner für deutsche Hochschulen gut geeignet sind. Diese sollten bei ihrer Partnersuche auch Minority Serving Institutions (MSIs) berücksichtigen, unter anderem Historically Black Colleges and Universities (HBCUs) und Hispanic Serving Institutions (HSIs). Diese angesehenen Hochschulen bilden Studierende aus, die oftmals als erste in ihrer Familie studieren und die zumeist eher einkommensschwach sind. Die Hochschulen sind sehr daran interessiert, ihren Studierenden qualitativ hochwertige, dabei erschwingliche internationale Erfahrungen zu bieten.

Ranglisten können den deutschen Hochschulen bei der Suche nach Kooperationsmöglichkeiten helfen: Bei US News & World Report (www.usnews.com/best-colleges) kann mit Hilfe konkreter Auswahlkriterien eine passende Partnerhochschule gefunden werden.

Quellen:

- [American Council on Education \(ACE\): Global Partnerships](#)
- [American Council on Education \(ACE\): Global Partnerships – Report Analyzes Standards for International Higher Education Partnerships and Offers Practical Advice to Institutions. 11.2.2015](#)
- [US news: Best Colleges](#)
- [College Factual: Explore College Rankings](#)

b. Marketing-Tipps

Studierende in den USA haben hohe Erwartungen an die Dienstleistungen und die Betreuung der Hochschulen. Die Eltern spielen bei Bildungsentscheidungen eine sehr wichtige Rolle, da sie oftmals die hohen Studiengebühren zahlen und einen entsprechenden Service erwarten. Das Return on Investment eines Studiums, also dessen Rentabilität, wird von Bewerbern und deren Eltern intensiv abgewogen. Gute und passende Marketingaktivitäten müssen zeigen, dass ein Studium in Deutschland ein starkes Return on Investment hat und eine wertvolle Erfahrung für junge Studierende in- und außerhalb der Hochschule ist.

Wichtige Aspekte bei der Universitätswahl sind unter anderem:

- Ranking-Position der Hochschule allgemein und in den einzelnen Fachbereichen

- Karriereaussichten nach dem Abschluss
- Anerkennung des Abschlusses außerhalb Deutschlands
- Betreuungsangebot für internationale Studierende
- Stipendien- und andere Finanzierungsmöglichkeiten

Auch wenn die Tatsache, dass eine Hochschule englischsprachige und qualitativ hochwertige Programme – oftmals ohne Studiengebühren – anbietet, ein wichtiges Marketinginstrument ist, sollten deutsche Hochschulen abgesehen davon darum bemüht sein, ein attraktives und ganz eigenes Profil herauszuarbeiten. Die Chancen für deutsche Hochschulen, amerikanische Studierende zu gewinnen, sind hoch: Durch die Welle der „No Tuition in Germany“-Artikel in den US-Medien seit Ende 2014 hat sich das Interesse an Studiengängen in Deutschland deutlich verstärkt. Vermutlich wird auch die Einführung von vergleichsweise moderaten Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer an der Attraktivität des deutschen Hochschulmarktes nicht viel ändern.

Das größte Rekrutierungspotenzial besteht bei englischsprachigen Masterstudiengängen, aber zunehmend suchen US-Amerikaner, vor allem wegen der enormen Studiengebühren in der Heimat, insbesondere nach Bachelorstudiengängen im Ausland. Dabei gibt es im Wesentlichen drei Hindernisse:

1. Die Hochschulzulassungsbedingungen für Absolventen mit einem US-amerikanischen High School-Abschluss sind schwer zu erfüllen und verlangen oft jahrelange Vorbereitung.
2. Die Sprachkenntnisse sind in den meisten Fällen unzureichend für die Zulassung zu deutschsprachigen Programmen.
3. Es gibt nur eine begrenzte Anzahl von englischsprachigen Bachelor-Programmen.

Um dem amerikanischen Interesse entgegen zu kommen, könnten deutsche Universitäten überlegen, mehr Studienkollegkurse und spezielle Sprachkurse für amerikanische High School-Absolventen anzubieten.

US-Studierende, vor allem aus den MINT-Fächern, bewerben sich normalerweise nach dem Bachelor direkt für die Promotion. Um Studierende aus den USA zu gewinnen, sollten deutsche Hochschulen entweder eine „Fast Track“-Möglichkeit, das heißt ein einjähriges Masterstudium, anbieten oder das amerikanische Konzept der Graduiertenschule adaptieren, bei denen Studierende gleich nach dem Bachelorabschluss in einen Promotionsstudiengang wechseln, mit der Möglichkeit einen Master-Abschluss zu erlangen, sollte der Studierende das Programm frühzeitig verlassen. Internationale Absolventen von US-Hochschulen sollten bei der Rekrutierung mit berücksichtigt werden, da sie bereits eine Bereitschaft zum Auslandsstudium bewiesen haben und oftmals offen für gute Angebote aus dem Ausland sind.

Praktikumsplätze – vor allem auf Englisch und gerade auf der Bachelor-Ebene – sind in allen Fächern sehr gefragt. Über Praktika könnten deutsche Universitäten potenzielle Bewerber für ihre Master-Programme gewinnen und dadurch auch einen Austausch mit ihren amerikanischen Partnern schaffen oder ausbauen. Die RISE-Programme des DAAD, die MINT-Studierenden ein bezahltes Praktikum im Ausland vermitteln (aus Kanada, den USA und Großbritannien nach Deutschland und von Deutschland ins Ausland), sind sehr begehrt. Die sogenannten „Post Bacs“, die gerade einen Bachelor-Abschluss erworben haben, aber nicht mehr eingeschrieben sind, suchen ebenfalls nach Praktikumsplätzen im Ausland in Vorbereitung auf eine weiterführende wissenschaftliche Laufbahn oder einen Beruf. Interessant für US-Amerikaner sind außerdem Sommerkurse, über die langfristige Bindungen – sei es für Forschungskooperationen oder auch für Graduiertenstudiengänge – an eine deutsche Hochschule aufgebaut werden können.

Unabhängig für die Rekrutierung von US-Amerikanern ist eine qualitativ hochwertige Webseite, bei der das Englisch auf allen Unterseiten makellos sein muss. Da die Zielgruppe ihre Information auf verschiedenen mobilen Geräten abrufen, ist es unerlässlich, alle Inhalte für Tablets und Smartphones kompatibel zur Verfügung zu stellen. Bei ihren Bemühungen, das Interesse von US-amerikanischen Studienanwärtern zu gewinnen, sollten deutsche Hochschulen auch leicht auffindbare und direkte Kommunikationswege gewährleisten. Alle relevanten Kanäle im Sinne der Zielgruppe müssen betreut werden; das schließt gerade auch die Kommunikation über soziale Medien ein. Sowohl sprachlich als auch bildlich sollten die Werbematerialien ein diverses Publikum ansprechen, vor

allem weil die Anzahl der ethnischen Minderheiten, die ein Studium beginnt, in den kommenden Jahren weiterhin stark zunehmen wird. Daher sind persönliche Empfehlungen und Erfahrungsberichte von erfolgreichen US-amerikanischen Absolventen deutscher Hochschulen mit diversen ethnischen und sozialen Hintergründen und aus verschiedenen Fachbereichen ein wichtiges Marketinginstrument.

5. Länderinformationen und praktische Hinweise

a. Aufenthaltsgenehmigung und Arbeitserlaubnis

Allgemein: Für einen Aufenthalt in den USA unter drei Monaten benötigt man als Deutscher kein Visum, man muss jedoch eine ESTA-Einreisegenehmigung online beantragen unter <https://esta.cbp.dhs.gov/esta/>. Für einen Aufenthalt von mehr als drei Monaten benötigt man grundsätzlich ein Visum.

Die amerikanischen Universitäten unterstützen ihre internationalen Stipendiaten bei der Beantragung eines Visums. In Frage kommen entweder ein J-1-Austauschvisum oder ein F-1-Studentenvisum. Die Hochschule entscheidet letztlich, welches Visum sie bevorzugt. Meist wird Studierenden und Absolventen mit Forschungsauftrag ein F-1 Visum ausgestellt, denn das J-1-Visum hat ein breiteres Geltungsspektrum, beispielsweise auch für Praktikanten und Au Pairs. Darüber hinaus gibt es noch Visaarten, die hauptsächlich auf eine praktische Ausbildung oder die Arbeitsaufnahme zugeschnitten sind, so zum Beispiel das Q- oder das M-Visum für berufsbezogene Studien. Da F- und J-Visa jedoch für Studierende die gängigsten Visaarten sind, wird im Folgenden auf diese beiden Versionen eingegangen.

J-1-Visum:

Stipendiaten, die für einen Studienaufenthalt mit dem J-1-Visum einreisen, dürfen nur im Zusammenhang mit ihrem Studien-, Forschungs- oder Lehrprogramm bezahlte Arbeit annehmen. Darunter fallen zum Beispiel Berufspraktika, Lehrtätigkeiten oder Forschung. Darüber hinaus ist es nicht erlaubt, einer vergüteten Arbeit nachzugehen.

Schritte bei der Beantragung eines J-1-Visums:

1. Aufnahme an einer Universität beziehungsweise Erhalt eines zeitlich begrenzten Lehr- oder Forschungsangebots
2. Zahlung der SEVIS-Gebühr (180 US-Dollar)
3. Erhalt des DS-2019-Dokuments von der Universität (Sponsoring-Dokument, welches für die Visabeantragung notwendig ist und für die Gesamtlaufzeit aufbewahrt werden muss)
4. Ausfüllen des Online-Formulars "Nonimmigrant Visa Application" (DS-160)
5. Zahlung der Visa-Gebühr (160 US-Dollar)
6. Visa-Interview (in Deutschland: Berlin, Frankfurt, München)

F-1-Visum:

Während des ersten Studienjahres dürfen Studierende keine Beschäftigung außerhalb des Universitätsbereichs annehmen. Nach dem ersten Jahr kann man bei den U.S. Citizenship and Immigration Services (USCIS) eine Arbeitserlaubnis beantragen. Allerdings muss man einen zwingenden, nicht vorhersehbaren Grund angeben, warum man eine Beschäftigung als Einnahmequelle benötigt. Ohne zuvor eine Erlaubnis einholen zu müssen, dürfen F-1-Studierende aber Nebenjobs annehmen, bei denen die Hochschule als Arbeitgeber fungiert (maximal 20 Wochenarbeitsstunden). Studierende müssen den International Student Advisor der Hochschule informieren, wenn sie einen solchen Job annehmen.

Schritte bei der Beantragung eines F-1 Visums:

1. Aufnahme an einer Universität beziehungsweise Erhalt eines zeitlich begrenzten Lehr- oder Forschungsangebotes
2. Zahlung der SEVIS-Gebühr (200 US-Dollar)
3. Erhalt des I-20-Dokuments von der Universität (Sponsoring-Dokument, welches für die Visabeantragung notwendig ist und für die Gesamtlaufzeit aufbewahrt werden muss)
4. Ausfüllen des Online-Formulars „Nonimmigrant Visa Application“ (DS-160)
5. Zahlung der Visa-Gebühr (160 US-Dollar)
6. Visa-Interview (in Deutschland: Berlin, Frankfurt, München)

Während des Studiums in den USA oder direkt danach können internationale Studierende mit dem Optional Practical Training (OPT)-Visum Arbeitserfahrungen sammeln. Laut IIE haben 147.498 internationale Studierende 2015/2016 (aktuellste Daten) dieses Visum in Anspruch genommen. Es erlaubt Studierenden und Absolventen von MINT-Fächern ab Mai 2016 maximal 36 Monate und allen anderen Studierenden und Absolventen maximal 12 Monate legal in den USA zu arbeiten.

Möchten Studierende nach der Nutzung des OPT-Visums in den USA langfristig leben und arbeiten, sind sie auf Arbeitgeber angewiesen, die ihnen ein H-1B Visum oder in seltenen Fällen sogar die Greencard sponsern. Das Sponsoring einer Greencard wird oftmals nur bei großen Firmen und an Universitäten für Professorenstellen angeboten. Eine Greencard zu erlangen, ist oft nur über die erfolgreiche Teilnahme an der jährlichen Greencard-Lotterie oder durch das Anrecht über die Eheschließung möglich. Während das H-1B Visum Einwanderern ermöglicht, für sechs Jahre in den USA zu leben und zu arbeiten, garantiert die Greencard Einwanderern den uneingeschränkten Aufenthaltsstatus für zehn Jahre und bietet als einzige Aufenthaltserlaubnis den Weg zur Einbürgerung nach mindestens sechs Jahren (erwirbt man die Greencard über die Heirat mit einem Amerikaner bzw. einer Amerikanerin, ist dies bereits nach drei Jahren möglich). Die Bereitschaft von Firmen, qualifizierte Einwanderer zu sponsern, garantiert aber nicht unbedingt ein (reibungsloses) Erlangen des Visums. Zwischen dem 1. Januar und 31. August 2017 stiegen die H-1B Visa-Anträge um minimale 3 Prozent, gleichzeitig stiegen die Rückfragen an den Arbeitgeber zu Nachweisen, weshalb ein Antragsteller das Visum verdient, nach Angaben des US Citizenship and Immigration Services (USCIS) um 45 Prozent. Diese Rückfragen bedeuten für die Firmen, die ausländische Arbeitnehmer einstellen wollen, eine zusätzliche zeitliche und finanzielle Belastung. Die restriktiven Visabestimmungen, kombiniert mit der inzwischen allgemein fremdenfeindlichen Rhetorik aus dem Weißen Haus, haben bereits Auswirkungen auf die Bewerbungs- sowie Einschreibungszahlen an amerikanischen Hochschulen.

Die Beantragung einer Social Security-Nummer ist Voraussetzung, um in den USA zu arbeiten. Die neunstellige Nummer kann kostenlos bei einem lokalen Amt beantragt werden. Zusammen mit dem Antrag müssen folgende Unterlagen vorgelegt werden: Pass, Visum, Universitätsinformationen und der Nachweis über die Arbeitserlaubnis. Weiterführende Informationen erhält man unter www.ssa.gov.

Bezüglich weiterer geltender Einschränkungen bei der visafreien Einreise in die USA (Visa Waiver Programm) im Zusammenhang mit früheren Reisen nach Irak, Iran, Syrien, Sudan, Somalia, Libyen und Jemen wird auf die Ausführungen im Abschnitt „Einreisebestimmungen für deutsche Staatsangehörige“ auf der Webseite des Auswärtigen Amtes hingewiesen ([USA/Vereinigte Staaten: Reise- und Sicherheitshinweise](#)).

b. Lebenshaltungskosten und Unterkunft

Eine verbindliche Summe durchschnittlicher Lebenshaltungskosten kann nicht angegeben werden, da sich die Kosten innerhalb der USA sehr unterscheiden. [Business Insider](#) beispielsweise gibt in seiner "Cost of Living"-Übersicht die monatlichen Kosten für Tucson (Arizona) mit monatlich 2.117 US-Dollar, für San Francisco (Kalifornien) dagegen mit 9.960 US-Dollar an. Hierbei rechnet die Studie 50 Prozent für die Grundausgaben, 20 Prozent für nicht festgelegte Ausgaben, und 20 Prozent werden zum Sparen einkalkuliert. San Francisco und die Bay Area mit Silicon Valley ist mittlerweile die teuerste Region mit der größten Diskrepanz zwischen Lebenshaltungskosten und durchschnittlichem Einkommen.

Lebenshaltungskosten lassen sich am ehesten für Studierende kalkulieren, die in einem Wohnheim auf dem Campus wohnen. In diesem Fall muss zusätzlich zu den reinen Studiengebühren mit rund 1.000 US-Dollar pro Monat gerechnet werden, so dass die Gesamtkosten für ein akademisches Jahr zwischen 16.000 und 46.000 US-Dollar liegen. Wenn Studierende sich für ein Studentenwohnheim entscheiden, ist dieser Vertrag an manchen Universitäten an einen zusätzlichen Essensplan gebunden, über den Studierende in den Mensen der Universitäten essen können. Die Modalitäten zu den Wohnräumen und Essensplänen variieren von Campus zu Campus. An 87 Prozent der US-Universitäten gibt es laut The Washington Post sogar eine "Freshman On Campus"-Wohnregel,

nach der Studierende des ersten Jahres auf dem Campus leben müssen und oftmals auch gezwungen sind, Essenspläne zu kaufen, was die jährlichen Gebühren nochmals erhöht. Ziel dieser Wohnpflicht ist es, die jungen Studierenden gleich zu Anfang des Studiums in universitäre Aktivitäten einzubinden und in jedem Jahrgang ein Gemeinschaftsgefühl zu erzeugen.

Bei Studierenden, Lehrenden und Forschern, die außerhalb des Universitätsgeländes (off-campus) wohnen, werden die Kosten hauptsächlich von der Höhe der Miete bestimmt, die je nach Stadt und Region sehr variiert. Die zukünftigen Gasthochschulen können über das vor Ort übliche Preisniveau Auskunft geben.

Die Gasthochschulen haben auf ihren Webseiten oftmals Wohnmöglichkeiten mit detaillierten Informationen aufgelistet. Interne Universitätsverteiler können bereits vor Beginn des Semesters von neuen Studierenden und Mitarbeitern, die nach Wohnungen oder Zimmern suchen, genutzt werden. Allgemein kann man aber sagen, dass Hochschulen sowohl Unterkunft als auch Verpflegung zu Preisen zwischen 5.200 und 10.000 US-Dollar pro Jahr (Ferienzeiten ausgenommen) anbieten. Auf dem privaten Wohnungsmarkt betragen die Mieten – regional sehr unterschiedlich – zwischen 7.000 und 12.000 US-Dollar pro Jahr für ein Zimmer in einer Wohngemeinschaft. Vor allem in San Francisco, Los Angeles und New York können die Mieten deutlich höher liegen.

Viele Studierende finden ihre Unterkunft über www.craigslist.org, worüber Privatpersonen Untermieter finden oder Gegenstände verkaufen können. Die Angebote werden minimal reguliert und es gibt keine Hintergrundinformationen über die Anbieter. Daher sollten Wohnungen nicht ungesehen angemietet und Geld nicht ohne Inaugenscheinnahme überwiesen werden. Dies gilt auch für andere, vergleichbare Webseiten. Lokale Jugendherbergen oder auch Studentenwohnheime bieten vor Beginn des Semesters günstige Zimmer übergangsweise an, welche während der Wohnungssuche genutzt werden können.

Lebensmittel, insbesondere Brot, Gemüse, Obst und Milchprodukte, sind in den USA durchweg teurer als in deutschen Supermärkten. Besonders teuer ist die landesweit verbreitete Supermarktkette Whole Foods ebenso wie lokale Öko-Supermärkte. Daneben gibt es aber überall durchaus preiswerte Supermärkte und Discounter. Das United States Department of Agriculture gibt die Ausgaben für Lebensmittel in der mittleren Preisklasse mit durchschnittlich 280 US-Dollar im Monat pro Person an.

Neben den Kosten für Wohnung und Verpflegung fallen für Studierende – unter anderem durch Krankenversicherung oder Büchergeld – zusätzliche Ausgaben an. Universitäten verfügen über umfangreiche medizinische Angebote auf dem Campus, die Studierende und Universitätsmitarbeiter nutzen können. Auf dem Campus bekommt man auch verschreibungspflichtige Medikamente, welche entweder gebührenfrei oder aber günstig zu erhalten sind. Landesweite Drogerieketten wie CVS oder Walgreens führen zusätzlich sehr viele rezeptfreie Medikamente mit der Option, zuvor einen Apotheker zu konsultieren. Erhebliche Kosten können unter Umständen für die Anschaffung von Büchern anfallen. Es gibt zwar die Möglichkeit, gebrauchte Bücher zu kaufen oder zu leihen und die eigenen weiterzuverkaufen, dennoch bleiben die Ausgaben beachtlich. In manchen Fällen gibt es eine Online-Komponente zu Kursen, für die ein Code benötigt wird. Dies macht es oftmals unumgänglich, neue Bücher mit einem neuen Code zu kaufen.

Wie auch in Deutschland ist der Studierendenausweis mit zahlreichen Vergünstigungen verbunden, beispielsweise für Museen, Kinos oder öffentliche Verkehrsmittel. In vielen Universitätsstädten gibt es kostenlose Bus-Shuttles für Studierende, die oftmals auch über den Campus hinaus operieren. In manchen Städten ermöglicht es der Studentenausweis auch, jenseits des Universitätsgeländes die öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos zu nutzen. Je nach Stadt ist es so möglich, per Bus, Bahn oder mit dem Fahrrad mobil zu sein. Fahrräder können kostengünstig über sogenannte Co-Ops oder über www.craigslist.org erworben werden. Für zahlreiche Städte in den USA ist es jedoch notwendig, ein Auto anzuschaffen, um sich über die Universität hinaus fortbewegen zu können. Die Mehrheit der amerikanischen Städte verfügt zwar über öffentliche Nahverkehrssysteme, jedoch sind diese oftmals nicht gut ausgebaut. Darüber hinaus sind öffentliche Verkehrsmittel, insbesondere am Abend, nicht immer sicher. Hier empfiehlt es sich, vor Ort Informationen über die besten Transportmöglichkeiten einzuholen.

Es gibt zahlreiche Mobiltelefon-Anbieter, die Prepaid-Karten verkaufen (zum Beispiel über T-Mobile, Verizon, Sprint oder Virgin Mobile) oder monatlich kündbare Verträge anbieten (beispielsweise T-Mobile oder Ultra mobile). Eine Besonderheit bei amerikanischen Telefonanbietern ist es, auch bei eingehenden Anrufen, vor allem bei Prepaid-Karten, bezahlen zu müssen. Dieser Aspekt sollte bei der Wahl des Paketes und des Anbieters berücksichtigt werden. Auf dem Campus, in Restaurants und Cafés, teilweise in der U-Bahn sowie auf vielen öffentlichen Plätzen gibt es mittlerweile kostenloses Wi-Fi, so dass ein zusätzliches Datenpaket gar nicht oder nur in geringem Umfang notwendig ist. Nachteil bei der Nutzung öffentlicher W-Lan-Netzwerke ist die mangelnde Sicherheit persönlicher Daten.

Quellen:

- www.businessinsider.com
- www.craigslist.org
- [United States Department of Agriculture: Official USDA Food Plans: Cost of Food at Home at Four Levels, U.S. Average, July 2014](#)

c. Sicherheitslage

Für DAAD-Geförderte und Dienstreisende im Rahmen von DAAD-Maßnahmen sind die [Reise- und Sicherheitshinweise des Auswärtigen Amts für die USA](#) verbindlich.

Aktuelle Hinweise zur Sicherheitslage können außerdem über die Webseite des US Department of Homeland Security www.dhs.gov/national-terrorism-advisory-system abgerufen werden.

d. Interkulturelle Hinweise

Political Correctness hat in der amerikanischen Gesellschaft einen sehr großen Stellenwert und bedeutet die Vermeidung von Äußerungen und/oder Taten, welche Personen ausschließen, marginalisieren oder beleidigen, die sozial benachteiligt oder diskriminiert sind. Debatten um politische Korrektheit drehen sich zumeist um das Spannungsverhältnis von Recht auf freie Meinungsäußerung auf der einen Seite und eine als Angriff empfundene Äußerung über Lebensstil, äußerliche Merkmale oder die Herkunft auf der anderen Seite.

Wer diesen Verhaltenskodex bricht, findet sich mindestens in einer unangenehmen Situation wieder. Personen des öffentlichen Lebens konnte eine politisch nicht korrekte Äußerung bislang den guten Ruf oder schlimmstenfalls die Position kosten. Insbesondere durch soziale Medien wie Twitter oder Facebook werden politisch nicht korrekte Äußerungen schnell verbreitet und sanktioniert. Das scheint sich unter den neuen politischen Verhältnissen deutlich geändert zu haben.

Quellen:

- www.newyorker.com/magazine/2015/08/10/the-hell-you-say
- www.forbes.com/america-revisits-political-correctness

e. Adressen relevanter Organisationen

Suchmaschine Akademische Auslandsämter:

www.daad.de/deutschland/in-deutschland/hochschule/de/9147-akademisches-auslandsamt/

(Information und Beratung zu allen Fragen des Auslandsstudiums und Förderungsmöglichkeiten, zu eigenen Austauschprogrammen und Hochschulpartnerschaften)

Die Hochschulen in den Vereinigten Staaten:

www.clas.ufl.edu/au/

Universities Worldwide:

<http://univ.cc/world.php>

World Wide - Colleges and Universities:

www.globaled.us/wwcu

Informationen zu Einreise, Visum, Aufenthalt, Land:

Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika

Pariser Platz 2

10117 Berlin

Tel.: 030/8 30 50

Fax: 030/83 05 10 50

<https://de.usembassy.gov/de/>

Außenstelle der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika :

Justus-von-Liebig-Straße 18

53121 Bonn

Tel.: 0228/3 29 274

Fax: 0228/3 29 26 85

Generalkonsulate der Vereinigten Staaten von Amerika befinden sich in Frankfurt, München, Düsseldorf, Hamburg und Leipzig.

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland

4645 Reservoir Road N.W.

Washington D.C. 20007-1998

Tel.: +1/202/2 98 81 40

E-mail: info@washington.diplo.de

www.germany.info/Vertretung/usa/en/Startseite.html

Generalkonsulate der Bundesrepublik Deutschland gibt es in Atlanta, Boston, Chicago, Houston, Los Angeles, Miami, New York und San Francisco.

[Deutsche Vertretungen in den USA](#)

Forschung- und Wissenschaftsinformationen:

GAIN - German Academic International Network

c/o DAAD New York Office

871 United Nations Plaza

New York, NY 10017

Tel: +1 (212) 758-3223, Durchwahl: 217

E-Mail: info@gain-network.org

www.gain-network.org

Deutsches Wissenschafts- und Innovationshaus

www.germaninnovation.org

DAAD-Außenstelle New York

871 United Nations Plaza

10017 New York, N.Y.

USA/Vereinigte Staaten

E-Mail: daadny@daad.org

www.daad.org

DAAD Informationszentrum San Francisco

530 Bush Street, Suite 204

94108, San Francisco, CA

USA/Vereinigte Staaten

E-Mail: daadsf@daad.org

www.daad.org

DFG Office North America DC

1130 Connecticut Ave., Suite 1200
Washington, DC 20036, USA

DFG Office North America NY
871 UN Plaza, 15th Floor
New York, NY 10017, USA
E-Mail: northamerica@dfg.de
[DFG Office North America](#)

Amerikanische Ansprechpartner der Deutsch-Amerikanischen Juristen-Vereinigung e.V.:
DAJV
Park Avenue 90
10016 New York
USA/Vereinigte Staaten
E-Mail: hduerbeck@wca&g.com

f. Publikationen und Linktipps

Linktipps:

- College Contact - Beratung zum Auslandsstudium:
www.college-contact.com/usa
- College Council - Studieren und Arbeiten im englischsprachigen Ausland: www.college-council.de
- Educational Testing Service:
www.ets.org
- Find the right school, college, grad school:
www.petersons.com
- CollegeBoard:
www.collegeboard.org
- Study in the USA - A Guide to International Students:
www.studyusa.info
- Index of American Universities:
www.clas.ufl.edu/au
- Study at colleges and universities in the USA: <http://interedserve.com/html/index.html>
- Kostenloser Probetest zu ACT, GRE:
www.number2.com
- Brian Leiter's Law School Rankings:
www.leiterrankings.com
- NAFSA - Association of International Educators:
www.nafsa.org
- Studienfinanzierung in den USA:
www.fundingusstudy.org
- Study in the USA - Ausführlicher Studienführer:
www.usastudyguide.com
- Study in the USA is the education guide for international students:
www.studyusa.com
- Study in US - Informationsportal:
www.studying-in-us.org
- The Smart Student Guide to Studying in the USA:
www.edupass.org
- U.S. Department of State - Bureau of Educational and Cultural Affairs:
<https://exchanges.state.gov>
- U.S. Department of State, Education USA: Your official source on U.S. Higher Education:
<https://educationusa.state.gov>
- U.S. News online - Rankings:

www.usnews.com/education

- US Journal of Academics:
www.universitaet-usa.com
- USA - Best Law Schools: rankingsandreviews.com/top-law-schools
- Verband der Deutsch-Amerikanischen Clubs - Studentenaustausch / Stipendien / Partneruniversitäten / Erfahrungsberichte:
www.vdac.de

Publikationen:

- Bryson, Bill: I'm a Stranger Here Myself. Notes on returning to America after twenty years away, New York 1999.
- Watzlawick, Paul: Gebrauchsanweisung für Amerika. Der Klassiker, München 2008.
- Siaya, Laura; Hayward, Fre M.: Mapping Internationalization on U.S. Campuses: Final Report. American Council on Education, 2003.
- Henke, Ingrid: Kulturschock USA, Bielefeld 2005.
- Studienführer USA, Kanada (Hrsg: DAAD) 2. völlig überarbeitete Auflage, Bertelsmann Verlag 2005.
- Megan Brenn-White: Higher Education in the United States (Hrsg: GATE-Germany), Bertelsmann Verlag 2010.
- Selingo, Jeffrey J.: College (Un) Bound. The Future of Higher Education and What it Means for Students. New Harvest 2013.
- Packer, George, The Unwinding. An Inner History of the New America, Farrar, Straus & Giroux, 2013.
- Roche, Mark: Was die deutschen Universitäten von den amerikanischen lernen können und was sie vermeiden sollten. Meiner 2014
- Deresiewicz, William: Excellent Sheep: The Miseducation of the American Elite and the Way to a Meaningful Life. Free Press 2015.
- Wood, J. Luke and Robert T. Palmer: Black Men in Higher Education. A Guide to Ensuring Student Success. Routledge 2015.
- Hochschild, Arlie Russel: Strangers in Their Own Land: Anger and Mourning on the American Right, New York, 2016.
- Open Doors Report on International Educational Exchange (Hrsg: The Institute of International Education (IIE)) 2016.
- Ryu, Mikyung: Minorities in Higher Education: 24th Status Report – PDF. American Council on Education.

Impressum

Autoren

Dr. Nina Lemmens
Peter Kerrigan
Hanni Geist

Herausgeber

Deutscher Akademischer Austauschdienst
German Academic Exchange Service
Kennedyallee 50, D-53175 Bonn
www.daad.de
Referat S21 – Koordinierung Regionalwissen

Redaktion

Christine Arndt

Datenquellen

Organisation for Economic Co-Operation and Development (OECD). Data:
<https://data.oecd.org>

Organisation for Economic Co-Operation and Development (OECD). Statistics:
<http://stats.oecd.org>

SCImago. (2007). SJR–SCImago Journal & Country Rank. Retrieved January 07, 2016, from
<http://www.scimagojr.com>

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Genesis-Online. Datenlizenz by-2-0:
<https://www.genesis.destatis.de>

UNESCO Institute of Statistics (UIS): <http://data.uis.unesco.org/>

United Nations Department of Economic and Social Affairs, Population Division, World Population Prospects: <http://esa.un.org/unpd/wpp/Download/Standard/Population/>

Wissenschaft Weltoffen. Herkunft ausländischer, Bildungsausländer-,
Bildungsinländer-Studierender 2014 nach Erdteilen, Regionen, Herkunftsstaaten:
<http://www.wissenschaftweltoffen.de/daten/1/2/1>

The World Bank, Knowledge Economy Index: <https://knoema.com/WBKEI2013/knowledge-economy-index-world-bank-2012>

The World Bank. Data: <http://data.worldbank.org>

The World Bank. World Development Indicators: <http://wdi.worldbank.org/table/5.13#>

Erstellungsdatum der Analysetexte und Zugriff der Datenquellen

Juni 2018 (Analyse), 16.02.2018 (Daten)

Erläuterung einzelner Kennzahlen

Kaufkraftparitäten (KKP)

Um volkswirtschaftliche Größen wie beispielsweise das BIP international vergleichbar zu machen, ist

eine einfache Umrechnung nach aktuellen Wechselkursen nicht ausreichend, da die Kaufkraft zwischen Währungsräumen erheblich abweichen kann. Auf dieser Basis wird berechnet, wie viel Einheiten der jeweiligen Währung notwendig sind, um den gleichen repräsentativen Güterkorb zu kaufen, den man für 1 USD in den USA erhalten könnte.

Gini-Koeffizient

Maß zur Darstellung von [Ungleichverteilungen](#), benannt nach dem italienischen Statistiker Corrado Gini, 1884-1965. Der Wert liegt zwischen 0 und 1 bzw. 0 und 100% (0 = totale Gleichheit, 100 = totale Ungleichheit). Werte der Weltbank variieren zwischen 63,2 (Lesotho) und 24,7 (Dänemark).

Knowledge Economy Index

Der Knowledge Economy Index ist ein Indikator der Weltbank, mit dem gemessen wird, in wieweit Wissen effektiv für wirtschaftliche Entwicklung eingesetzt wird. Dazu werden die „4 Säulen der Wissensökonomie“ herangezogen: Wirtschaftlicher Anreiz und administrative Rahmenbedingungen; Bildung und Humanressourcen; Innovationssystem; Informations- und Kommunikationstechnologie.

Studierendenquote (gross enrolment ratio, tertiary)

Anzahl der Studierenden unabhängig vom Alter, ausgedrückt als Prozentsatz der Bevölkerung zwischen 20 und 24 Jahren. Wegen Studierenden, die jünger oder älter sind, ist die Zahl höher als die Studierendenquote eines Jahrgangs. Eine detailliertere Definition ist unter <http://uis.unesco.org/en/glossary-term/gross-enrolment-ratio> zu finden.

Publikationen

Anzahl der jährlichen Publikationen in peer-reviewed Literatur (Zeitschriften, Bücher und Konferenzbände).

Patente (Anzahl der Patente in Naturwissenschaft und Technik (Residents))

Anzahl der Patente aus den Bereichen Naturwissenschaft und Technik, die in einem Jahr von Einwohnern dieses Landes im Land registriert wurden.

Auflage

Als digitale Publikation im Internet veröffentlicht.



Dieses Dokument ist lizenziert unter einer [Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz \(CC BY 4.0\)](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/).

Bitte beachten Sie die [Regelungen zur korrekten Benennung der Urheber und Quelle sowie Übersetzungen](#).

Alle Angaben ohne Gewähr.

Diese Veröffentlichung wird aus Zuwendungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung an den DAAD finanziert.

